

C. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1979–1990

I. Die Westpolitik Jassir Arafats und die Interventionen der DDR

Ende Januar 1979 wurde in Beirut Ali Hassan Salama durch eine Autobombe getötet¹. Salama war der Verantwortliche der PLO/Fatah für die von Arafat bereits 1969 initiierten Gespräche mit der amerikanischen Regierung gewesen, die über palästinensische Wissenschaftler in den USA beziehungsweise saudische und ägyptische Mediatoren sowie die CIA geführt wurden². Die Umstände dieses Attentats auf Salama, einen der Hauptschuldigen des terroristischen Überfalls der Fatah auf die israelische Olympiamannschaft 1972, begründeten rasch den Verdacht, Sicherheitsdienste Israels seien für dessen Tötung verantwortlich und die israelische Regierung habe nach den am 17. September 1978 erreichten sogenannten Camp-David-Beschlüssen auf diese Weise demonstrativ die Verbindung zwischen Washington und der PLO/Fatah kappen wollen³.

Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat hatten in den USA politisch-diplomatische Durchbrüche erzielt. Mit Ägypten erkannte erstmals ein arabisches Land den jüdischen Staat an und zugleich verständigten sich Sadat und Begin über die politische Zukunft des 1967 eroberten Gazastreifens und des Westjordanlandes. So war vorgesehen, dass die Palästinenser in den besetzten Gebieten einen Administrativrat wählen konnten, dem für die Dauer von fünf Jahren Autonomie gewährt werden sollte⁴. Eine Konkretisierung dieser vorgeschlagenen Autonomie erfolgte nicht, jedoch sah der Camp-David-Prozess vor, dass – orientiert am Konzept des „self-government“ – nach Ablauf der Interimsphase der endgültige Status des Westjordanlandes festgelegt sowie im Gazastreifen das bestehende Regime militärischer Besatzung beendet wurde⁵. Zwischen Israel und Jordanien sollte

¹ Vgl. Reputed Planner of Munich Raid Killed in Beirut, in: NYT, 23.01.1979, S. A1f.; John Vinocur: Bonn Said to Try to Prevent a Feared Palestinian Raid, in: NYT, 24.04.1979, S. A5.

² Vgl. Rubin, *Revolution*, S. 39; Aburish, *Arafat*, S. 224; Frangi, *Gesandte*, S. 213; Livingstone/Halevy, *PLO*, S. 109f.; Bird, *Spy*, S. 83–85, 126–162, 207–221; Taylor, *Terror*, S. 41–43; Dietl, *Agentin*, S. 236–252; David Ignatius: *P.L.O. Operative*, in: WSJ, 10.02.1983, S. 1f.; Diskrete Art, in: *Der Spiegel*, 11/1983, S. 145f.

³ Vgl. Seale, *Abu Nidal*, S. 167f.; Alexander, *Secular Terrorism*, S. 16; Taylor, *Terror*, S. 46–48; Skelton-Robinson, *Linksterrorismus*, S. 900; Bird, *Spy*, S. 207–221; Eine von vierzehn, in: *Der Spiegel*, 17/1979, S. 26, 28; David Ignatius: *P.L.O. Operative*, in: WSJ, 10.02.1983, S. 1f.

⁴ Vgl. Tessler, *Conflict*, S. 511f., 518–529; Gainsborough, *Conflict*, S. 214–216; Smith, *Conflict*, S. 353–355; Camp David Accords, 17.09.1978, in: State of Israel, *Israel's Foreign Relations*, www.mfa.gov.il/MFA (25.06.2012).

⁵ Vgl. ebd.; Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27.09.1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27.09.1979, para. 185; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11.03.1979; Benvenisti, *Occupation*, S. 208; Kretzmer, *Occupation of Justice*, S. 40, 82.

aber in keinem Fall ein neuer, palästinensischer Staat entstehen, sondern lediglich eine Form administrativer Eigenständigkeit unter jordanischer oder israelischer Souveränität zugelassen werden⁶. Die PLO war nicht als politische Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und besaß in diesen gesamten Überlegungen keinerlei Funktion. Aus diesen Gründen hätte eine israelisch motivierte Tötung Salamass signalisiert, dass die amerikanische Seite derartige Beziehungen nicht mehr unterhalten musste. Denn die Palästinensische Befreiungsorganisation war für die zukünftige Gestaltung des Nahen Ostens irrelevant, zumal auch die amerikanische Regierung in Camp David der Lösung der Palästinafrage unter Ausschluss der PLO zugestimmt hatte⁷.

Die Bundesregierung und die EG widersprachen einer palästinensischen Autonomie – dem Ansatz von Camp David zur Lösung der Palästinafrage – und insistierten auf einer nationalen Lösung⁸. Bundesaußenminister Genscher erklärte in seiner Eigenschaft als amtierender Sprecher der Europäischen Gemeinschaft wenige Tage nach dem Erreichen der Beschlüsse von Camp David im September 1978 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen: „We uphold the view that a peace settlement in the Middle East will be possible only if the legitimate right of Palestinian people to give expression to its national identity is translated into fact. This would take into account the need for a homeland for the Palestinian people.“⁹

Die EG betrachtete dieser Stellungnahme zufolge den Camp-David-Prozess nur dann als erfolgversprechend, wenn die nationalen Rechte der Palästinenser gebührend berücksichtigt wurden. Israel, Ägypten und die USA hatten folglich anzuerkennen, dass den Palästinensern territoriale Souveränität in ihrem eigenen „Heimatland“ zustand. Anders als Israel, das sie als jordanische Staatsbürger betrachtete, sah die EG sie als eigenständiges Volk an. Zudem sollten „alle“ beteiligten Parteien an Friedensverhandlungen teilnehmen. Indem Genscher vor den VN weder auf die Foren der in Camp David vorgesehenen palästinensischen Repräsentation einging noch ausdrücklich eine Aussage gegen Jassir Arafats PLO traf, sprach er sich für die Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation an jenem neuen von ihm skizzierten Friedensprozess aus¹⁰. Auch wenn sowohl die EG als

⁶ Vgl. Camp David Accords, 17.09.1978, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (25.06.2012); ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11.03.1979; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel and the Entire Cabinet, 12.03.1979; Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27.09.1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27.09.1979, paras. 183–194; Sharon, Warrior, S. 406; Gainsborough, Conflict, S. 214–216; Tessler, Conflict, S. 518–529.

⁷ Vgl. Camp David Accords, 17.09.1978, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (25.06.2012); Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27.09.1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27.09.1979, para. 183; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11.03.1979; Sharon, Warrior, S. 406; Tessler, Conflict, S. 518–529; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10.02.1983, S. 1 f.

⁸ Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 92; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 128–132.

⁹ So UN A/33/PV.8, Procès-Verbal, 26.09.1978, para. 170.

¹⁰ Vgl. ebd., paras. 167–170; Miller, PLO Factor, S. 134–136; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40–43; dies., European Political Cooperation, S. 137–142; Khader, Conflict, S. 170–172; Jaeger, Quadratur, S. 92; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 128–132.

auch die Parteien von Camp David betonten, sie alle strebten ein „comprehensive settlement“ an, war die westeuropäische Haltung mit der ägyptischen, israelischen und amerikanischen Position nicht kompatibel. Die Camp-David-Beschlüsse verneinten einen unabhängigen souveränen palästinensischen Staat. Außerdem wurde die PLO nicht als Vertreterin der palästinensischen Araber akzeptiert¹¹. Die Konzepte der Europäischen Gemeinschaft widersprachen der amerikanisch vermittelten Nahostlösung folglich in zwei Punkten: in Bezug auf die national eigenständige palästinensische Entwicklung und eine Involvierung der PLO¹².

Das Attentat auf Salama und die Fatah-Kontakte des BKA

Vor diesem Hintergrund war es bemerkenswert, dass am Ort des Attentats auf Salama – der zudem drei Jahre zuvor Gesprächspartner Hans-Jürgen Wischnewskis gewesen war und ihm in Arafats Namen eine Sicherheitskooperation angeboten hatte – Spuren gefunden wurden, die in die Bundesrepublik führten: Als Tatverdächtige wurde eine Frau gesucht, die seit August 1975 in Wiesbaden beziehungsweise in Köln gewohnt haben sollte¹³. Die Bonner Regierung entschied Ende Januar 1979, den Eindruck zu widerlegen, sie stehe in Verbindung mit dem Anschlag auf Salama in Beirut und die mutmaßliche Attentäterin habe tatsächlich in den Städten des Dienstsitzes des Bundeskriminalamts sowie des Bundesamts für Verfassungsschutz gelebt¹⁴. Der Bundesinnenminister wies das BKA an, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Köln, die gegen die beschuldigte Frau bereits ein Verfahren wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen eingeleitet hatte, zu unterstützen¹⁵. Im Zusammenhang

¹¹ Vgl. Camp David Accords, 17.09.1978, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (25.06.2012). Gainsborough, Conflict, S. 214–216; Tessler, Conflict, S. 518–529; Sharon, Warrior, S. 406. Vgl. auch Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27.09.1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27.09.1979, paras. 181–194; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11.03.1979.

¹² Vgl. Miller, PLO Factor, S. 134–136; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40–43; dies., European Political Cooperation, S. 137–142; Khader, Conflict, S. 170–172; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 128–132.

¹³ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 410, Schreiben des Polizeipräsidenten von Köln an das BKA, 09.02.1979; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 410, Aufenthaltsanzeige eines Ausländers, 19.10.1975; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 28.06.1979, Bl. 49; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 411, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21.02.1979, Bl. 1170f.; Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie, S. 281f.; Follath, Auge Davids, S. 241f.; Dietl, Agentin, S. 106–120, 232–236, 262–284. Vgl. auch Riegler, Fadenkreuz, S. 80f.; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 26–28.

¹⁴ Vgl. Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900f.; Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie, S. 281f.; Follath, Auge Davids, S. 241f.; Dietl, Agentin, S. 289–292; Riegler, Fadenkreuz, S. 80f.; Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136f.; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 28.

¹⁵ Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk der Polizei Köln, 20.02.1979, Bl. 34. Das Ermittlungsverfahren 121 Js 32/79 wurde am 04.11.1982 eingestellt, vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Verfügung der Staatsanwaltschaft Köln, 04.11.1982, Bl. 72.

mit diesem Ermittlungsauftrag kam es zu „Arbeitskontakten“ zwischen der sogenannten Fatah-Sicherheit und dem Bundesministerium des Innern, vertreten durch das BKA, deren Ziel es war, gemeinsam die Umstände der Tötung Salamas aufzuklären¹⁶. In einer Weisung des Auswärtigen Amts an die Botschaft in Tel Aviv hieß es dazu: „Einige Beamte des BKA führten im Februar 1979 Gespräche mit PLO-Vertretern in Beirut, um den Verdacht auf deutsche Mittäterschaft (angeblich [anonymisiert] aus Köln) bei Ermordung Ali Hassan Salamahs (22. 1. 1979) auszuräumen.“¹⁷

Die im Februar 1979 begonnenen „Arbeitskontakte“ des Bundeskriminalamts mit der PLO/Fatah setzten sich im März und Juli fort, wobei der Präsident und der Vizepräsident des BKA persönlich involviert waren¹⁸. Nach dem bereits 1977 mit Staatsminister Wischnewski in Wien abgehaltenen Treffen, dem 1976 im libanesischen Bürgerkrieg durch Arafat den westdeutschen Diplomaten und der Bonner Botschaft in Beirut gewährten Schutz sowie den seit Anfang der 1970er Jahre bestehenden punktuellen sicherheitspolitischen Kontakten zwischen der Bundesregierung und der PLO/Fatah stellte diese neue BKA-Kooperation 1979 eine weitere Facette der westdeutsch-palästinensischen sicherheitspolitischen Beziehungen dar¹⁹. Die Fatah-Sicherheit, Adressat der Unterstützung des Bundeskriminalamts, war allerdings nicht nur mit der Aufklärung des Falles Salama betraut, sondern selbst für die Planung und Ausführung terroristischer Gewalt verantwortlich und unter anderem in den Anschlag auf die Olympischen Sommerspiele 1972 in München, die amerikanische Botschaft in Khartum 1973

¹⁶ Vgl. AAPD, 1979, Dok. 125, Botschafter von Pachelbel-Gehag an das AA, 04. 05. 1979, S. 566; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 411, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 02. 1979, Bl. 1170f.; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk des BKA, 28. 03. 1979, Bl. 19–24; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 28. 06. 1979, Bl. 47–64; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900f.; Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie, S. 281f.; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 26, 28; John Vinocur: Bonn Said to Try to Prevent a Feared Palestinian Raid, in: NYT, 24. 04. 1979, S. A5; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10. 02. 1983, S. 1; Riegler, Fadenkreuz, S. 80f.; Dietl, Agentin, S. 289–292.

¹⁷ So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 415, Weisung des AA an die Botschaft Tel Aviv, 25. 04. 1979, Bl. 2582.

¹⁸ Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 426, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 01. 09. 1979, Bl. 6363; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 426, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 01. 09. 1979, Bl. 6341; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 425, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 24. 08. 1979, Bl. 6136; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 12. 06. 1979, Bl. 145–148; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk des BKA, 28. 03. 1979, Bl. 19–24; Schenk, Chef, S. 340–342; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900f.

¹⁹ Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 274, Weisung des AA an die Botschaft Beirut, 28. 02. 1973, Bl. 1391; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 277, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 03. 04. 1973, Bl. 2140–2142; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 286, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 06. 08. 1973, Bl. 4994–4996; AAPD, 1973, Dok. 98, Botschaftsrat Nowak an das AA, 07. 04. 1973, S. 470–473; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Schreiben des AA an die Botschaft Kairo, 07. 07. 1976; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900–902; Schenk, Chef, S. 340f. Zu diesen vor allem über Wischnewski seit 1969/70 geführten Beziehungen mit der Fatah/PLO vgl. auch Wischnewski, Leidenschaft, S. 127–138. Vgl. insgesamt auch Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie.

und die Ermordung von über 30 Menschen in einem Bus in Haifa 1978 involviert²⁰.

Jede der diversen palästinensischen Organisationen verfügte über mindestens eine Abteilung, deren Aufgabe darin bestand, Anschlagziele aufzuklären, „Aktionen“ durchzuführen, Kontakte mit den verschiedenen arabischen Geheimdiensten zu unterhalten und gleichzeitig die eigene palästinensische Gruppe vor Infiltrierung durch andere palästinensische Organisationen sowie arabische, israelische, amerikanische, westeuropäische, sowjetische und sozialistische Nachrichtendienste zu schützen²¹. Darüber hinaus existierten zwischen der Fatah, der DFLP, der PFLP, der PFLP-GC, der PLF und international agierenden terroristischen Vereinigungen zum Teil weitreichende Verbindungen²². Arafats Fatah unterschied sich dabei von den anderen palästinensischen Gruppen durch zwei Besonderheiten: Zum einen kooperierte sie nicht nur mit Linksextremisten, sondern auch mit rechtsextremistischen Personen und Organisationen, die aus antisemitischer Überzeugung gegen Israel und Juden kämpften²³. Über die in den 1970er und 1980er Jahren in Berlin tätige PFLP-/PFLP-GC-Zelle berichtete das MfS zwar auch, dass sich in deren Reihen ein führendes Mitglied befände, das „äußerst brutal“ sei, „faschistische Ansichten“ vertrete und auf dem rechten Oberarm ein „tätowiertes Abbild Hitlers“ trage²⁴. Aber die DFLP, die PFLP und die PFLP-GC standen neonazistischen Personen nicht derart nahe wie die Fatah, obwohl auch die PFLP und die PFLP-GC solche Mitglieder duldeten²⁵. Bei Arafats

²⁰ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 306–312, 426; Alexander, *Secular Terrorism*, S. 1–18.

²¹ Vgl. Alexander, *Secular Terrorism*; Livingstone/Halevy, *PLO*; Merari/Elad, *Terrorism*.

²² Zu den Beziehungen zwischen palästinensischen Organisationen, internationalen Terroristen u. bundesdeutschen Linksextremisten, vgl. Karmon, *Coalitions*, S. 249–273; Kraushaar, *Kampf*; ders., *Bombe*; ders., *Tupamaros West-Berlin*, S. 512–530; Skelton-Robinson, *Linksterrorismus*, S. 828–904; Wunschik, *Bewegung 2. Juni*, S. 531–559; Wunderle, *Die Roten Brigaden*, S. 782–808; Igel, *Terrorismus-Lügen*, S. 77–90.

²³ Vgl. etwa die Kooperation der Fatah mit dem westdeutschen Rechtsradikalen Willi Pohl alias Willi Voss sowie U. A. seit Ende der 1960er Jahre: Daoud, *Palestine*, S. 571–584; Löwenthal, *PLO und Neo-Nazis*; Felix Bohr/Gunther Latsch/Klaus Wiegrefe: *Braune Hilfe*, in: *Der Spiegel*, 25/2012, S. 32–35; Analyse gewechselt, in: *Der Spiegel*, 41/1985, S. 48; Neonazis in Nahost, in: *Der Spiegel*, 27/1981, S. 29–32; Kraushaar, *Kampf*, S. 86–122, 252f., 363–370, 485–495, 687; Rubin, *Anti-Zionism*, S. 11; Rubin/Rubin, *Arafat*, S. 105; Fromm, *Wehrsportgruppe Hoffmann*, S. 442–462; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 51–62, 130f., 155, 195, 272, 293; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07.05.1986, S. 1–9; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, 1 AR 305/83, Anklageschrift, 03.06.1983, S. 3–8; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XIV, Vermerk des LKA Bayern, 30.11.1982, Bl. 3148–3155, 3177–3179, 3185, 3192; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Baden-Württemberg, 30.07.1981, Bl. 3479–3481, 3490f.; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Bayern, 02.07.1981, Bl. 3222, 3268; BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30.07.1981, Bl. 3f. Vgl. auch Karmon, *Coalitions*, S. 272f.

²⁴ Die Person trug die Aliasnamen Abu Tarek sowie Shaker Salamah, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, *Operativ-Information*, 04.03.1986, Bl. 77.

²⁵ Vgl. Rubin, *Anti-Zionism*, S. 11.

Organisation waren die Kontakte zu Rechtsradikalen früh ausgeprägt und erreichten ein ganz anderes Niveau²⁶.

Das zweite Unterscheidungsmerkmal der Fatah gegenüber den anderen palästinensischen Gruppen war, dass sie über eine elaborierte Struktur an sogenannten Sicherheitsabteilungen und ein gut ausgestattetes personelles Netzwerk verfügte. Man kann die diversen „Organe“ schematisch grob in einen zivilen inneren und einen militärischen sowie einen zivilen äußeren Dienst gliedern; alle drei Bereiche unterstanden Arafats direkter Weisung²⁷. Salah Khalaf, Amin al Hindi, Hajal Abd al Hamid, Khalil al Wazir, Hani und Khalid al Hassan, Said al Mazin, Abu Daud, Muhammad Hijazi und Atif Bsisu gehörten in den 1970er und 1980er Jahren zu den wichtigsten Führungspersonen der „Sicherheit“ der Fatah, wobei die Aufgaben zwischen den beiden nach außen wirkenden Abteilungen nicht klar voneinander abgrenzbar waren. Eine gewisse Sonderstellung nahm die „Gruppe 17“ ein, die den Schutz Arafats gewährleistete, aber auch gezielt Anschläge und Attentate außerhalb der zivilen und militärischen Fatah-Sicherheit ausführte. Bis 1979 leitete Ali Hassan Salama die „Gruppe 17“, nach dessen Tod Hajal Abd al Hamid²⁸.

Auch die PLO verfügte über einen zivilen und einen militärischen „Geheimdienst“. Beide wurden allerdings ausschließlich von der Fatah kontrolliert, ohne dass andere Mitglieder der Palästinensischen Befreiungsorganisation dort personell vertreten gewesen wären²⁹. Die militärische Sicherheit der PLO verantwortete Khalil al Wazir³⁰. Diese Abteilung existierte unabhängig von der Palästinensischen Befreiungsarmee, die unter dem Kommando Syriens, Ägyptens, des Irak und Jordaniens stand. Salah Khalaf, der nach Arafat zu den wichtigsten Funktioniären der PLO/Fatah zählte, leitete die „Vereinigte Sicherheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation“³¹. Arafats engste Vertraute – zum Großteil ehemalige Studenten aus der Bundesrepublik –, wie Hajal Abd al Hamid, Amin al Hindi, Hani und Khalid al Hassan, Muhammad Hijazi und Atif Bsisu, arbeiteten dabei in Schlüsselpositionen sowohl der Fatah- als auch der PLO-Dienste, die stets Arafats Befehl unterstanden³².

²⁶ Willi Voss alias Willi Pohl alias E. W. Pless erklärte bereits 1981 in einem ZDF-Interview, er habe die Fatah im Sommer 1972 dabei unterstützt, ihren Anschlag auf die Olympischen Spiele vorzubereiten, vgl. Löwenthal: PLO und Neo-Nazis Hand in Hand, in: ZDF-Magazin, 21.10.1981. Vgl. ebs. Felix Bohr/Gunther Latsch/Klaus Wiegrefe: Braune Hilfe, in: Der Spiegel, 25/2012, S. 32–35. Zum 1973 von der Fatah geplanten u. von österreichischen Rechtsextremisten unterstützten Attentat auf ein von jüdischen Emigranten aus der SU in Österreich bewohntes Heim vgl. Riegler, Fadenkreuz, S. 113–125; ders., Spinnennetz, S. 589–601. Vgl. auch Karmon, Coalitions, S. 249–273.

²⁷ Vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 7–18; Livingstone/Halevy, PLO, S. 106–124.

²⁸ Vgl. ebd., S. 108–110; Alexander, Secular Terrorism, S. 10–18; Sayigh, Struggle, S. 311; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Operativ-Information, 10.04.1987, Bl. 48–51; BStU, MfS, HA II, 27357, Bericht, 05.11.1982, Bl. 8f.

²⁹ Vgl. Livingstone/Halevy, PLO, S. 106–121.

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. ebd.

³² Vgl. ebd.; Alexander, Secular Terrorism, S. 13, 16, 18; Frangi, PLO und Palästina, S. 134f.; Sayigh, Struggle, S. 454–462; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26.06.1979, Bl. 243–246.

1. Die Intervention des MfS

Ende Juni 1979 lud Erich Mielke eine Delegation der PLO-Sicherheit zu sich ein³³. Dabei ging es ihm zum einen um die seit Januar 1979 entwickelten Beziehungen zwischen der Fatah und dem Bundeskriminalamt und zum anderen um die von den Fatah-Funktionären Said al Mazin, Abu Daud und Amin al Hindi im März und April 1979 in Ost-Berlin abgehaltenen Treffen mit Ilich Ramirez Sanchez, dem international gesuchten Terroristen „Carlos“³⁴. Über keine dieser Verbindungen wurde die DDR durch Arafat informiert. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte aber auch ohne eine Unterrichtung frühzeitig Kenntnis von den Gesprächen mit Ramirez erlangt³⁵. Die Abteilungen des MfS meldeten Mielke, dass Daud und Mazin versucht hatten, unbemerkt mit gefälschten Pässen einzureisen, um im Auftrag von Salah Khalaf mithilfe der „anarcho-terroristischen Gruppe“ des Ramirez „den Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten, Sadat, während seines BRD-Aufenthaltes zu liquidieren“³⁶. Außerdem unterhielten angeblich der PLO-Vertreter in der DDR, Nabil Koulailat, sowie irakische Diplomaten und diverse, dem MfS bekannte, in Berlin lebende Palästinenser seit Februar 1979 ebenfalls Kontakte zu Ramirez Sanchez und den Mitgliedern seiner Gruppe³⁷. Die Staatssicherheit überwachte all diese Treffen und protokollierte jede verfügbare Information³⁸. Aus den Unterlagen des MfS geht unter anderem hervor, dass im Mai 1979 mehrere Personen in West-Berlin und in der Bundesrepublik festgenommen wurden, die Anschläge auf die israelische Botschaft in Bonn, die Jüdische Gemeinde in West-Berlin sowie ein West-Berliner Tanklager geplant haben sollen; alle Verdächtigen standen in Verbindung mit der PLO-/Fatah-Sicherheit, der terroristischen Organisation „Carlos“ und der PFLP³⁹.

³³ Vgl. Maeké, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136–139. Riegler, Attentat, S. 950, beruft sich auf eine polnische Nachricht, der zufolge Khalaf um den Termin bat.

³⁴ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, Juni 1979, Bl. 205–207; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26. 06. 1979, Bl. 183; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 21. 08. 1979, Bl. 141–146; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Einschätzung, o. D., Bl. 231–237.

³⁵ Vgl. u. a. BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Operativ-Information, 09. 04. 1979, Bl. 15; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, 28. 03. bis 08. 04. 1979, Bl. 5–45.

³⁶ So BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Information, 11. 04. 1979, Bl. 17, 19. Vgl. auch die von Riegler, Attentat, S. 948–959, beschriebenen Anschlagpläne der PLO auf Sadat. Dass Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 47f., behauptete, das MfS habe „immer wieder“ keine Kenntnis über einreisende palästinensische Terroristen gehabt, da diese gefälschte Pässe verwendet hätten, erscheint gerade im Zusammenhang mit dem Vorgehen Mielkes Anfang 1979 als nicht stichhaltig. Auch wenn möglicherweise einzelne solcher Personen unbemerkt in die DDR gelangten, zeigen die ausgewerteten Unterlagen insgesamt, wie detailliert das MfS im Bilde war.

³⁷ Vgl. BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, 28. 03. bis 08. 04. 1979, Bl. 5–45; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, Juni u. Juli 1979, Bl. 267–301; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Bericht, 10. 05. 1979, Bl. 47–53; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Einschätzung, o. D., Bl. 231–237; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Hinweise, o. D., ca. Juni 1979, Bl. 212–215.

³⁸ Vgl. u. a. ebd.; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, 28. 03. bis 08. 04. 1979, Bl. 5–45.

³⁹ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Operativ-Information, 21. 05. 1979, Bl. 60–66. Vgl. auch Diertl, Argentin, S. 292f.

Im Frühjahr 1979 arbeitete Arafat in Beirut folglich mit dem Bundeskriminalamt zusammen, während teilweise dieselben Personen, die in diese bundesdeutschen Kontakte eingebunden waren, in der DDR terroristische Gewaltakte in und gegen die Bundesrepublik beziehungsweise West-Berlin vorbereiteten. Arafat kooperierte aber nicht nur mit bundesdeutschen Behörden, während er parallel Anschläge vorbereiten ließ, die westdeutsche Sicherheitsinteressen gefährdeten, sondern versuchte zudem seine Absichten in Ost-Berlin zu verheimlichen. Die Palästinensische Befreiungsorganisation bat auch nicht Erich Honecker oder Erich Mielke um Unterstützung bei der Aufklärung des Attentats auf Salama, sondern das BKA. Die ostdeutsche Seite war für Arafat nur von indirektem Interesse, um konkrete terroristische Absichten zu verabreden, ohne dass von der PLO/Fatah zunächst eine direkte Verbindung zum SED-Staat gesucht worden wäre.

Laut einem Vermerk des Auslandsgeheimdienstes der DDR unterbreitete der verantwortliche PLO-Funktionär Said al Mazin der ostdeutschen Botschaft in Beirut erst im April 1979 – zwei Monate nach Beginn der Gespräche mit dem Bundeskriminalamt und Ramirez Sanchez –, abgestimmt mit Khalaf und Arafat, den Vorschlag, „eine umfassendere, offizielle Zusammenarbeit mit strategischem Charakter in allen politischen und Sicherheitsfragen“ zwischen dem MfS und der PLO-Sicherheit einzugehen⁴⁰. Arafat und Khalaf informierten Mielke auch jetzt noch nicht konkret über die laufenden BKA-Kontakte und die beabsichtigten Pläne mit Ramirez. Sie versuchten aber, die Initiative zu ergreifen, um zu verhindern, dass die Entscheidung zugunsten des BKA langfristig Nachteile für die Beziehungen mit Honecker haben würde. Arafat wollte die politische Balance wiederherstellen und die ostdeutsche Seite beruhigen. Mazin unterstrich daher, die PLO-Sicherheit wisse, aus welchem Teil Deutschlands sie wirklich Hilfe erwarten könne und man sei daher insbesondere an der „Durchführung von Lehrgängen auf dem Gebiet der allseitigen Sicherheit, Ausbildung an Handfeuerwaffen, Einsatz von Sprengkörpern, Durchführung von Sonderaktionen, [...] Bereitstellung von Handfeuerwaffen und Sprengkörpern und Hilfe bei der Beförderung nach Westeuropa“ interessiert⁴¹.

Anfang Mai 1979 ließ Arafat das MfS zum ersten Mal über die Zusammenarbeit der PLO-/Fatah mit dem Bundeskriminalamt unterrichten. Im Gespräch mit der HV A im Libanon marginalisierte aber wiederum Said al Mazin die Tragweite dieses Verhältnisses. Er behauptete sogar, die Verbindung mit dem BKA sei „ohne Wissen und Zustimmung Arafats“ zustande gekommen und „Arafat sei der Ansicht, dass das BKA, wie insgesamt die BRD, die PLO niemals unterstützen werde. Die Kontakte seien schädlich, da sie das Misstrauen der progressiven Kräfte hervorriefen“⁴². Wie Abdallah Frangi gegenüber dem Auswärtigen Amt in anderem Zusammenhang versicherte, war die Kooperation mit dem Bundeskriminalamt 1979 ausdrücklich durch Jassir Arafat, Salah Khalaf, Khalil al Wazir und

⁴⁰ So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 26. 04. 1979, Bl. 534. Vgl. auch Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 901; Dielt, Agentin, S. 290.

⁴¹ So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 26. 04. 1979, Bl. 535.

⁴² So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 08. 05. 1979, Bl. 161 f.

Hajal Abd al Hamid legitimiert worden⁴³. Nach Darstellung des Magazins „Der Spiegel“, die durch Akten des Bundeskriminalamts bestätigt wird, erhielt das BKA von der Fatah einen umfassenden Einblick in die palästinensische Ermittlung im Fall Salama. Westdeutsche Beamte besichtigten nicht nur gemeinsam mit der PLO-/Fatah-Sicherheit den Tatort in Beirut, sondern brachten auch mehrere Asservate nach Wiesbaden, um sie in aufwendigen Verfahren kriminaltechnisch untersuchen zu lassen⁴⁴. „Der Spiegel“ schrieb: „Ob die spärlichen Reste von Sprengstoff, Autowrack und Zündschnüren [...] das Geheimnis [der Täterschaft des Attentats auf Salama] jemals gerichtsverwertbar aufhellen, [ist unklar]. Die technische Hilfe aber, die das BKA liefert, weist auf die Qualität der neuen Beziehungen hin. ‚Wir müssen schauen, so ein Top-Fahnder unverblümt, ‚dass wir die PLO auf unsere Seite bringen.‘“⁴⁵ Dass eine so weitreichende Entscheidung zugunsten einer Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt – wie es die PLO/Fatah gegenüber der HV A vorgab – ohne die Kenntnis Arafats hätte getroffen werden können, musste auch für Mielke unglaublich erscheinen. Umso unbefriedigender war daher, dass die DDR-Führung im Mai 1979 über diesen gesam-

⁴³ Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 430, Vermerk, 25. 10. 1979, Bl. 8205. Vgl. auch AAPD, 1979, Dok. 308, Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille, 25. 10. 1979, S. 1559, sowie die Aussagen bei Schenk, Chef, S. 340, dort heißt es, die Reisen der BKA-Beamten in den Libanon seien 1979 von Frangi vorbereitet worden, u. Arafat habe sich persönlich für die Sicherheit der Mitarbeiter des BKA „verbürgt“. Vgl. auch Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900f.

⁴⁴ Zu diesen Gegenständen zählten u. a. Fahrzeugteile des Autos Salamas u. des Wagens, in dem sich der Sprengsatz des Attentats befunden hatte, außerdem die in einem Beiruter Hotelzimmer sichergestellten Kosmetikartikel der mutmaßlichen Täterin sowie Wäschestücke, die das BKA untersuchte, um die Blutgruppe der Trägerin zu ermitteln. Im Ergebnis sollte ein Abgleich mit den in der Wiesbadener Wohnung gesicherten Spuren der Beschuldigten des Ermittlungsverfahrens 121 Js 32/79 ermöglicht werden, vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 28. 06. 1979, Bl. 62; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 12. 07. 1979, Bl. 145–148; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 19. 03. 1979, Bl. 23–40; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk des BKA, 28. 03. 1979, Bl. 19–24; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 28. Ausweislich der Akten des AA übergab das BKA im Zuge der Kontakte mit der PLO/Fatah im Herbst 1979 Mitarbeitern Arafats diverses Material, u. a. Funkausrüstung, u. erhielt die für ballistische Untersuchungen erbetene osteuropäische Pistolenmunition, vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 470, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 04. 01. 1980, Bl. 39.

⁴⁵ Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 28. Gemäß der Darstellung der Botschaft Beirut sprachen das Auswärtige Amt u. die PLO über Möglichkeiten, Anfang 1979 in der Bundesrepublik festgenommene u. inhaftierte Kämpfer der Fatah rasch in den Nahen Osten abzuschicken: „Er [Amin al Hindi] sagte nur, dass eine baldige Freilassung den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der PLO sehr förderlich sein würde“, so AAPD, 1979, Dok. 125, Botschafter von Pachelbel-Gehag an das AA, 04. 05. 1979, S. 565. Das BKA erlaubte zudem im Herbst 1979 die Einreise von Hajal Abd al Hamid, dem Nachfolger des im Januar 1979 getöteten Ali Hassan Salama. Hamid durfte in Süddeutschland in Haft befindliche Palästinenser besuchen, vgl. AAPD, 1979, Dok. 308, Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille, 25. 10. 1979, S. 1557–1560; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 429, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 15. 10. 1979, Bl. 7714; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 429, Vorlage, 23. 10. 1979, Bl. 8112–8117. Vgl. auch Schenk, Chef, S. 341; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 902; Dietl, Agentin, S. 298.

ten Sachverhalt noch immer keinerlei Erkenntnisse besaß. Mielke intervenierte deshalb wenige Wochen später und lud Ende Juni 1979 die besagte Delegation der PLO-Sicherheit nach Ost-Berlin ein.

Die Festlegungen Erich Mielkes

Das MfS formulierte seine Fragen zu diesem Treffen vorab präzise: „Mit welchen Kräften außerhalb des palästinensischen Widerstandes, insbesondere auch mit Personen aus der BRD und West-Berlin, arbeitet die PLO bzw. PLO-Sicherheit zusammen? Besteht Übersicht über derartige Kräfte, deren Aktivität, Herkunft und Zuverlässigkeit? [...] Welche Stellung nimmt die PLO zur Gruppierung um den internationalen Terroristen ‚Carlos‘ ein?“⁴⁶ Angesichts der zu diesem Zeitpunkt seit vier Monaten bestehenden BKA-Verbindungen wollte Erich Mielke dezidiert wissen: „Welche Forderungen werden seitens der BRD-Organen gegenüber der PLO erhoben? Ergeben sich daraus für die Sicherheitsinteressen der PLO bzw. auch der DDR Konsequenzen?“⁴⁷

In einem Konzept mit dem Titel „Einige politische Grundgedanken für die Gesprächsführung“ legte die Abteilung XXII, zuständig für die sogenannte Terrorismusbekämpfung der DDR, im Vorfeld der Gespräche mit der PLO-Sicherheit authentisch das Selbstverständnis des MfS in Bezug auf die Beihilfe und Mittäterschaft bei der Vorbereitung und Ausführung terroristischer Gewalt offen: Für die Staatssicherheit qualifizierten nicht Ziel oder Mittel eine Handlung als Terror – der auch im Verständnis der SED als illegitim galt –, sondern das Maß der im Vorfeld stattgefundenen Absprachen. Terrorismus war nach ostdeutscher Meinung dann Befreiungskampf, wenn das MfS von einer Tat wusste und in die Pläne eingebunden war. Die „Möglichkeiten der Durchreise und des zeitweiligen Aufenthaltes im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung von Aktionen in imperialistischen Staaten“, das heißt, die „Möglichkeiten der Unterstützung [...] durch die DDR [...] für die Verwirklichung der [...] angestrebten Zielstellungen“, bestanden nur dann, „wenn mit den Sicherheitsorganen der DDR entsprechende Vereinbarungen getroffen [wurden] und eine Kompromittierung bzw. Diskreditierung der DDR in diesem Zusammenhang ausgeschlossen“ war. Nur selbstständig geplante Handlungen fielen folglich in die Kategorie der „extremistischen bzw. terroristischen Linie des palästinensischen Befreiungskampfes“⁴⁸.

Die zulässige Praxis ab Sommer 1979 sollte ausschließlich gemeinsam abgeprochenes Vorgehen sein. Mielke wollte Arafats Pläne kontrollieren, um dadurch die „unmittelbare Unterstützung der PLO in ihrem Befreiungskampf“ gewährleisten zu können⁴⁹. Die „Duldung bzw. die großzügige Behandlung von

⁴⁶ So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, Juni 1979, Bl. 205.

⁴⁷ So ebd., Bl. 207.

⁴⁸ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Schreiben, Juni 1979, Bl. 194–200. Vgl. insgesamt auch die Darstellung bei Riegler, Geben und Nehmen, insb. S. 301–307.

⁴⁹ Die von Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 21, getroffene Feststellung, deren Aufgabe sei die Aufklärung terroristischer Organisationen gewesen, ist in diesem Sinne nur zutreffend, wenn nicht das Verhindern terroristischer Gewalt, sondern deren Beeinflussung als Motiv dieser Aufklärung verstanden wird.

Verletzungen der sozialistischen Gesetzmäßigkeiten und der dadurch oft notwendigen regulierenden Eingriffe des MfS in übliche Verfahrensweisen anderer DDR-Organen und Einrichtungen“ hing davon ab, ob die Palästinensische Befreiungsorganisation mit der ostdeutschen Staatssicherheit kooperierte oder ihre Handlungen konspirierte. Die MfS-Abteilung für Terrorismusbekämpfung beschrieb damit nichts anderes als einen Handlungskodex amtlicher Täterschaft, der aus politischer Opportunität Gesetznormen der DDR aufhob und eine Symbiose zwischen staatlicher Autorität und international organisierter Kriminalität regulieren sollte⁵⁰.

Das Ministerium für Staatssicherheit legte den Funktionären der PLO/Fatah Amin al Hindi, Said al Mazin und Atef Bsisu die neuen Regeln für die Arbeit der PLO-Sicherheit vier Tage lang, zwischen dem 22. und dem 25. Juni 1979, dar. Hindi, Mazin und Bsisu versprachen Mielke letztlich, die Kooperation mit Ramirez zu beenden, führten allerdings nur vage aus, welcher Art die BKA-Beziehung der Fatah war⁵¹. Der Hinweis, das Bundeskriminalamt habe versucht, die PLO zu einem Anschlag auf die Olympischen Spiele 1980 in der Sowjetunion zu bewegen, konnte in der Logik des MfS keine neue Erkenntnis sein⁵². Andere und vor allem zutreffende Angaben über die Beziehungen mit westdeutschen Sicherheitsdiensten machte die palästinensische Delegation aber nicht. Dass diese Kontakte mit dem BKA nach Meinung Erich Mielkes in jedem Fall zügig zu beenden waren, daran ließ das MfS keinen Zweifel. Erstmals wurde eine „mündliche Rahmenvereinbarung“ über die zukünftige Kooperation zwischen dem MfS und der Palästinensischen Befreiungsorganisation abgeschlossen, die einen verstärkten Informationsaustausch, eine vorherige „Avisierung“ aller von der Abteilung Salah Khalafs zur Einreise in die DDR vorgesehenen Personen, die Abstimmung „gemeinsamer operativer Maßnahmen“, die Zusage einer Sonderlieferung an Waffen und Munition, die Spezialausbildung von Mitarbeitern der PLO-Sicherheit in der DDR sowie die Etablierung von Verbindungspersonen, den sogenannten Ständigen Mitarbeitern, in Ost-Berlin und in Beirut vorsah⁵³.

Dieser „Ständige Mitarbeiter der PLO-Sicherheit in der DDR“ sollte ohne Kontakt mit der offiziellen Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation

⁵⁰ Vgl. Marxen, *Recht*, S. 17f.; Trapp, *State Responsibility*, S. 9, 24–34, 66–75; Hailbronner, *International Terrorism*, S. 169; Hartman, *Staatliche Beteiligung*, S. 102–121; Banteks/Nash, *International Criminal Law*, S. 219; Wunschik, *Terrorismus*. Vgl. auch Riegler, *Geben und Nehmen*, insb. S. 301–307.

⁵¹ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, 23. 06. 1979, Bl. 216–228; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Programm der HV A, 22. 06. 1979, Bl. 239–242.

⁵² Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, 23. 06. 1979, Bl. 219.

⁵³ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185–188; Rubin, *Revolution*, S. 39. Vgl. auch Maeke, *Arafats doppelte Deutschlandpolitik*, S. 136–141, sowie die Abkommen, die zwischen Rumänien u. der PLO/Fatah bereits seit Ende der 1960er Jahre existiert haben sollen: Dan Morgan: *Romanian Army Rankled by Interference*, in: WP, 24. 12. 1989, S. A24; Pacepa, *Red Horizons*, S. 15–20. Undifferenziert und ohne die BKA-Kontakte Arafats bzw. die Anti-Fatah-Politik der DDR zu beachten, stellt Jeffrey Herf in seinen 2014 bzw. 2016 publizierten Arbeiten die 1979 begonnene Kooperation zwischen dem MfS und der PLO-Sicherheit dar, vgl. Herf, *Israel*, S. 154–156; ders., *Undeclared Wars*, S. 352–354.

arbeiten⁵⁴. Seine „Aufgabenstellung“ umfasste, laut Niederschrift des MfS, alle Maßnahmen des „operativen Zusammenwirkens zwischen den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit und der Vereinigten PLO-Sicherheit, die auf bzw. vom Territorium der DDR zu realisieren sind“⁵⁵. Sie bedeutete auch die „vorbeugende Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung subversiver Pläne und Absichten sowie anderer die staatliche Ordnung und Sicherheit der DDR beeinträchtigende Aktivitäten“ und die „Schaffung von Positionen und Einflussmöglichkeiten unter palästinensischen Bürgern zur Erfüllung von operativen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit“⁵⁶. Es war das MfS, das die Forderung aufstellte, Arafat habe in Zukunft seine geheimdienstlichen „Aktionen“ über die Verbindungsperson in Ost-Berlin vorzubereiten. Laut einer späteren Aktennotiz der Abteilung XXII wurde dieses Verlangen jedoch als Bitte der PLO dargestellt – um den Eindruck zu vermeiden, man habe Arafat auf etwas festlegen müssen⁵⁷. In diesem Sinne war es auch die PLO-Sicherheit, die an die DDR herantrat, um gefährlichen ideologisch-politischen Unklarheiten in ihren Reihen entgegenzuwirken, weil sie akuten Handlungsbedarf erkannte und es die „subversiven Versuche“ des Bundeskriminalamts zu bekämpfen galt⁵⁸.

Die – wie es offiziell hieß – „mündlich“ getroffene Vereinbarung zwischen dem MfS und der „Vereinigten Sicherheit“ der Palästinensischen Befreiungsorganisation verfügte 1979 außerdem die Eröffnung eines sogenannten Archivs: „Durch das MfS erfolgt die Beratung und Unterstützung für die Einrichtung eines Archivs der PLO-Sicherheit. Seitens der PLO besteht die Bereitschaft, bei Notwendigkeit dieses Archiv auch dem MfS nutzbar zu machen. Durch das MfS wird geprüft, wo und in welcher Form in der DDR Räumlichkeiten für die sichere Aufbewahrung von durch die PLO zur Auslagerung vorgesehener wichtiger Dokumente bereitgestellt werden können. [...] Der Personenkreis, der von einem eventuell in dieser Form einzurichtenden Archiv Kenntnis erhält, wird auf max. 3–4 Personen beschränkt. Das PLO-Büro in Berlin erhält keine Kenntnis davon.“⁵⁹

Als Leiter dieses Archivs sollte der „Ständige Mitarbeiter“ der Sicherheitsabteilung Khalafs in der DDR fungieren⁶⁰. Der gemeinsam verwaltete Aktenbestand

⁵⁴ So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 187. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, o. D., ca. August 1979, Bl. 181.

⁵⁵ So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67.

⁵⁶ So ebd., Bl. 67 f.

⁵⁷ Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 937, Bericht, 22. 08. 1979, Bl. 3–12; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67–69; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 70–77; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 187; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, 21. 07. 1979, Bl. 201–204.

⁵⁸ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, PLO-Programmvorschlage fur einen Operativlehrgang, o. D., Bl. 173–179.

⁵⁹ So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 187.

⁶⁰ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, 05. 12. 1979, Bl. 128–133; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, o. D., Bl. 135–138. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67–69; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 70–77.

enthielt Informationen über personelle Strukturen der Fatah sowie anderer palästinensischer Organisationen in der DDR, West-Berlin sowie der Bundesrepublik und das logistisch-methodische Vorgehen der PLO-/Fatah-Sicherheit⁶¹. Das MfS konnte mit derartigen Quellen eigene Bewertungen über die palästinensisch-arabische Szene, die Zugehörigkeit von Personen zu den diversen palästinensischen Gruppen, ihrer Verbindung mit arabischen oder westlichen Nachrichtendiensten sowie ihrer Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität viel besser fundieren beziehungsweise ergänzen. Die politische Wirkung dieses Archivs sowie der gesamten „mündlichen Rahmenvereinbarung“ mit der PLO bestand für das MfS aber darin, dass nach Absprachen wie im Frühjahr 1979 selbstständige Kontakte Arafats mit dem BKA oder Ramirez Sanchez unmöglich wurden, wollte die PLO/Fatah nicht den offenen Bruch mit dem MfS riskieren.

Das Vorgehen Ost-Berlins im Juni 1979 erscheint daher wie eine Rüge und disziplinierende Maßnahme, um der Fatah zu verstehen zu geben, dass der SED-Staat nicht passives Objekt ihrer Politik war und Arafats Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt nur taktischer Natur sein durfte. Die beabsichtigte Ausbildung von Mitarbeitern der PLO-Sicherheit in der DDR, der Austausch von Verbindungspersonen und die Einrichtung des Archivs sollten die autonome „operative Tätigkeit“ der PLO/Fatah verhindern. Denn es gab nichts, das eine Beziehung mit dem BKA rechtfertigte – außer sie diente der „Abschöpfung des Gegners“. Auch mit „Carlos“ konnte Arafat zusammenarbeiten, aber nur unter konspirativer Kontrolle des MfS. Die Beschlüsse des Sommers 1979 zeigen zudem, dass es Mielke darum ging, mit der PLO/Fatah geheimdienstlich gegen den Westen vorzugehen, „Aktionen“ abzustimmen, und dazu alle über DDR-Territorium ein- beziehungsweise weiterreisenden Mitarbeiter der PLO-/Fatah-Sicherheit im Vorfeld „avisiert“ zu bekommen, also Zugriff und Einfluss auf die Planungen Khalafs und Arafats zu erhalten, die sich auf den Westen konzentrierten⁶².

Jassir Arafat war entweder vorab nicht darüber informiert, was die ostdeutsche Seite im Juni 1979 konkret besprechen und vereinbaren wollte, oder die DDR traf die Personalauswahl der PLO-Delegation, denn es war außergewöhnlich, dass zu dem Termin nicht der „Geheimdienstminister“ Salah Khalaf anreiste, sondern Funktionäre in die DDR kamen, die Ämter auf der mittleren Führungsebene der PLO-Sicherheit bekleideten. Ein Treffen mit Erich Mielke fand nicht statt. Da im Gespräch mit dem MfS ausgeführt wurde, dass es „der Wunsch“ Khalafs sei, bis zum 6. Juli 1979 die DDR zu besuchen, diese neue Vereinbarung aber laut Vermerk der Abteilung XXII „mit dem Datum ihres Abschlusses (25. 6. 1979) in Kraft“ trat, könnte man berechtigt vermuten, dass Honecker und Mielke bewusst die Spitze

⁶¹ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185–188; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, 05. 12. 1979, Bl. 128–133; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, o. D., Bl. 135–138; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67–69; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 70–77.

⁶² Das Urteil von Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 263 f., dass das MfS gegenüber der PLO extrem misstrauisch gewesen sei u. man Arafat seit 1979 darauf festgelegt habe, nicht von ostdeutschem Territorium aus gegen die Bundesrepublik oder West-Berlin vorzugehen, ist insofern unzutreffend.

der PLO-Sicherheit umgingen⁶³. Die Fragen, weshalb Khalaf nicht gemeinsam mit Mazin, Hindi und Bsisu nach Ost-Berlin kam und warum der gesamte Aufenthalt nicht in den zehn Tagen bis zum 6. Juli stattfand, sind anhand der Quellen nicht plausibel zu beantworten – es sei denn, man würde unterstellen, dass die SED von vornherein keinen Wert auf die Anwesenheit des Leiters der PLO-Sicherheit legte, weil Mielke mit gespielter Bescheidenheit und verletztem Stolz umso deutlicher auf seine Macht aufmerksam machen wollte. Die DDR verzichtete auf das Zeremonielle, denn wichtig war allein das Ergebnis. Damit entstand aber zugleich das protokollarisch-politische Paradox, dass eine derart grundlegende und erstmals vollzogene Abmachung in einem so sensiblen wie wichtigen Bereich seltsam unpräzise und unter dem Eindruck eines einseitig gewollten Oktroi in Kraft trat. Khalaf und die PLO-Führung konnten nach Rückkehr von Mazin, Hindi und Bsisu nur ein demonstratives ostdeutsches Missfallen erkennen.

Arafats doppelte Deutschlandpolitik

Im Vergleich zu der Ende 1977 von der Fatah der Bundesregierung vorgeschlagenen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sowie zu der im Januar 1979 von ihr praktisch vollzogenen Kooperation mit dem BKA wird deutlich, wie wenig Interesse Arafat an einem Kontakt zum MfS besaß. Die PLO/Fatah ging auf die Bundesrepublik aktiv zu, während sie Jahre später ostdeutschen Vorgaben Folge leisten musste⁶⁴. Arafat bot Bonn an, gemeinsam den Terrorismus zu bekämpfen und dafür auch „Dokumente“ der PLO zu nutzen. Ost-Berlin hingegen musste zwei Jahre später intervenieren, um eine unerwünschte Selbstständigkeit der PLO/Fatah in der DDR, die zugleich auf eine Beeinträchtigung westdeutscher Sicherheitsinteressen abzielte, unter Androhung von Sanktionen zu unterbinden⁶⁵. Matthias Dahlke urteilt, dass hinter Arafats Absichten, der Bundesrepublik im November 1977 eine Sicherheitsvereinbarung anzubieten – deren konkrete Folgen mit Ausnahme der Ermittlungen im Fall Salama weitgehend unbekannt sind – der Wunsch „nach einer vertiefende[n] Kooperation der PLO mit der Bundesrepublik“ stand: „Die PLO-Vertreter machten ohne Umschweife deutlich, dass die Bundesrepublik ‚als stärkstes Land in Westeuropa‘ für sie den Schlüssel zur internationalen Anerkennung darstellte.“⁶⁶

⁶³ Zur Darlegung dieses „Wunsches“ vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26. 06. 1979, Bl. 182.

⁶⁴ Vgl. Dahlke, Wischniewski-Protokoll, S. 208.

⁶⁵ Im November 1977 erklärte Ali Hassan Salama während seines Treffens mit Hans-Jürgen Wischniewski: „Die PLO-Sicherheitsorgane hätten alle erforderlichen Unterlagen, um für die Zukunft Terrorakte [gegen die Bundesrepublik] weitgehend unmöglich zu machen“, zitiert nach Dahlke, Wischniewski-Protokoll, S. 210. Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 901, erklärt, Arafat habe 1979 „offensichtlich“ versucht, seine BKA-Kontakte als Druckmittel gegenüber der DDR einzusetzen, um mehr Unterstützung zu erhalten; ohne auf die Vereinbarung u. die Gespräche im Juni 1979 einzugehen, heißt es ebd., S. 902, wiederum, die MfS-Kontakte der PLO-Sicherheit seien 1979 angesichts der parallelen BKA-Beziehung kaum mehr als ein „seltsamer Zufall“ gewesen.

⁶⁶ So Dahlke, Wischniewski-Protokoll, S. 209. Vgl. auch ders., Transnationaler Terrorismus, S. 314f.

Der Abschluss der „mündlichen Rahmenvereinbarung PLO-MfS“ hatte 1979 hingegen nichts mit einer von Arafat erkannten politischen Attraktivität oder „Schlüsselstellung“ des SED-Staates zu tun. Nachdem 1978 eine halbdiplomatische Lösung für die PLO-Vertretung gefunden worden war und außerdem, wie es ausdrücklich im begleitenden Vermerk über das erste Kulturabkommen hieß, die weitere Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation „in immer stärkerem Maße über die zentralen Staatsorgane realisiert“ werden sollte, stellte diese erste durch das Ministerium für Staatssicherheit mit der PLO geschlossene Vereinbarung einen folgerichtigen und konsequenten Schritt dar. Nichtsdestotrotz zielte die Bereitschaft zur Unterstützung der PLO-Sicherheit seitens des MfS auf nichts anderes als eine Loyalitätsprüfung der PLO/Fatah, zumal diese Vereinbarung mit der Staatssicherheit 1979 allein aufgrund der Kontakte Arafats mit dem BKA und Ramirez Sanchez zustande kam⁶⁷.

Neben der Kooperation mit der Gruppe „Carlos“ und dem Bundeskriminalamt unterhielt Arafat 1979/80 auch enge Beziehungen zu westdeutschen Rechtsextremisten, vor allem der „Wehrsportgruppe Hoffmann“⁶⁸. Laut Erkenntnissen des MfS vom Juli 1981 gewährte die PLO/Fatah darüber hinaus dem 1979 nach dreijähriger Haftzeit entlassenen westdeutschen Rechtsradikalen U. A. eine regelmäßige hohe Kapitalhilfe, unter anderem damit A. in der Bundesrepublik weiterhin sein Geschäft zum Export gebrauchter Fahrzeuge nach Syrien und in den Libanon betreiben konnte⁶⁹. Diese finanziellen Leistungen waren laut Aussage von Arafats Funktionären gegenüber der Abteilung XXII des MfS eine „materielle Unterstützung, um seine [A.s] Verdienste abzugelten“⁷⁰. Die Honorierung sei auch während der Haftzeit A.s zwischen 1976 und 1979 gewährt worden⁷¹. Die Förderung neonazistischer Strukturen in der Bundesrepublik seitens der Fatah bedeutete auch, dass Arafat sich einer etwaigen Absprache mit dem MfS zu entziehen suchte. In den Verhandlungen im Juni 1979 legte die PLO diesen „operativen Kontakt“ zu U. A. nicht offen, obwohl eine der Fragen lautete: „Mit welchen Kräften außerhalb des palästinensischen Widerstandes, insbesondere auch mit Personen aus der BRD und West-Berlin, arbeitet die PLO bzw. PLO-Sicherheit zusammen?“⁷²

⁶⁷ Zum Kulturabkommen vgl. BAArch, DC 20/I-4/85185, Vorlage, 21. 03. 1979, Bl. 103.

⁶⁸ Zur Unterstützung der Anfang 1980 in der Bundesrepublik verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ im Libanon durch die Fatah vgl. Fromm, Wehrsportgruppe Hoffmann, S. 455–463; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 50–62, 79–83, 631–635; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XIV, Vermerk des LKA Bayern, 30. 11. 1982, Bl. 3148–3155, 3177–3179, 3185, 3192; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07. 05. 1986, S. 1–9; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 10. 07. 1981, Bl. 64–66; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 19. 04. 1983, Bl. 27f.; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Bericht, 02. 03. 1983, Bl. 167–170; Neonazis: „Thors Hammer“ im Libanon, in: Der Spiegel, 4/1981, S. 66–78; Neonazis in Nahost, in: Der Spiegel, 27/1981, S. 29–32; Dr. Schreck und die Neonazis, in: Der Spiegel, 37/1981, S. 59, 61, 63, 66.

⁶⁹ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3f.; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Bericht, 09. 03. 1980, Bl. 164f.

⁷⁰ So BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3f.

⁷¹ So ebd., Bl. 4.

⁷² So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, Juni 1979, Bl. 205.

Ob das MfS bis Sommer 1981 tatsächlich über die Hilfe der Fatah zugunsten der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und den Kontakt Arafats zu A. in der Bundesrepublik sowie die gewährte Unterstützung in den 1970er Jahren keine Kenntnis besaß, ist nicht festzustellen⁷³. Die Funktionäre, die zeitgleich im Auftrag Arafats sowohl mit dem BKA, „Carlos“, westdeutschen Rechtsradikalen und dem MfS verhandelten, waren aber in jedem Fall dieselben: Salah Khalaf, Said al Mazin, Amin al Hindi und Atif Bsisu, das heißt die PLO-/Fatah-Sicherheit⁷⁴. Dies bedeutet zugleich, dass die vermeintliche BKA-Unterstützung Arafats durch die parallele

⁷³ Maßgeblich würde dies davon abhängen, ob das MfS U. A. tatsächlich erst 1981 als Informanten anwarb o. ob A. schon vor seiner Festnahme 1976 als Quelle geführt wurde. Entgegen der Annahme, die etwa Igel, Terrorismus-Lügen, S. 291, vertritt, zeigen MfS-Akten, dass A. bereits Anfang des Jahres 1980 – also zeitgleich mit der von ihm vermittelten Ausreise von Mitgliedern der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in den Libanon – „Treffgespräche“ mit dem MfS in Ost-Berlin abhielt, vgl. BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Bericht, 09. 03. 1980, Bl. 164f.; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Suchauftrag, 10. 03. 1980, Bl. 6; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Suchauftrag, 09. 04. 1980, Bl. 39; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, BND-Dossier, 05. 02. 1981, Bl. 175–179; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Notiz, o. D., Bl. 203. Darüber hinaus wäre ebenso von Bedeutung, ob der Rechtsradikale O. H. tatsächlich erst 1982 als IM des MfS verpflichtet wurde. Laut Darstellung des MfS war 1980 eine Kontaktierung mit der Absicht der Werbung seitens der DDR-Staatssicherheit vorgesehen, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 722/1, Kurzauskunft, 23. 06. 1981, Bl. 200–203; BStU, MfS, AOPK, 7896/91, Bd. 2, Information, 27. 12. 1978, Bl. 29; BStU, MfS, AOPK, 7896/91, Bd. 1, Übersichtsbogen, 20. 09. 1982, Bl. 4; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Bericht, 02. 03. 1983, Bl. 167–170. Vgl. auch Igel, Terrorismus-Lügen, S. 259–262. Relevant wäre außerdem, ob die Fatah-Funktionäre Muhammad u. Abdallah Hijazi, die beide seit Anfang der 1970er Jahre in der DDR lebten, bereits in dieser Zeit als Informanten des MfS tätig waren. Muhammad Hijazi verließ die DDR Ende der 1970er Jahre. Er war ab 1979/80 der verantwortliche Funktionär der PLO/Fatah, der im Libanon mit den Mitgliedern der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ arbeitete. Er verpflichtete sich unter dem Decknamen „Ibrahim“ als IM des MfS u. berichtete spätestens ab Anfang des Jahres 1985, vgl. BStU, MfS, AIM, 25278/91, Überprüfung, 10. 10. 1988, Bl. 1; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 03. 04. 1986, Bl. 174; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 11, Bericht, 14. 01. 1985, Bl. 182; UAF, Matrikelverzeichnis Ausländer ab 1945, Eintr. 11 unter „Ägypten 2“, o. D. Zum IM „Cunhal“ alias Abdallah Hijazi vgl. BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 07. 05. 1980, Bl. 110–112; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Auszeichnung, 07. 10. 1988, Bl. 255; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Plan zur Aufrechterhaltung der Verbindung, 20. 01. 1983, Bl. 186–189; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 2/1, Treffbericht, 05. 08. 1982, Bl. 3–5. Das MfAA wies seinen Botschafter in Beirut Anfang April 1981 an, vor Ort Näheres über die Kooperation zwischen der Fatah und der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in Erfahrung zu bringen, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2116/87, Schreiben des MfAA an die Botschaft Beirut, 06. 04. 1981.

⁷⁴ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3f.; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Angaben zu den Delegationsmitgliedern, Bl. 243–246; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Programm der HV A, 22. 06. 1979, Bl. 239–242; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 470, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 04. 01. 1980, Bl. 39–42; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 899–902. Vgl. auch LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 51–62, 130f., 155, 195, 272, 293; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07. 05. 1986, S. 1–9; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XII, Vermerk des LKA Baden-Württemberg, 22. 06. 1981, Bl. 4085, 4089; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Bayern, 17. 03. 1982, Bl. 3339f. Bsisu war bereits 1972 in der Bundesrepublik die Kontaktperson zwischen der Fatah u. Willi Pohl in Vorbereitung des Anschlags auf die israelische Olympiamannschaft in München, vgl. Daoud, Palestine, S. 571.

Begünstigung westdeutscher Rechtsextremisten diskreditiert und disqualifiziert wurde. Der ermittlungstaktische Ansatz, die Aufenthaltsorte westdeutscher Straftäter im Nahen Osten mithilfe der PLO/Fatah oder verschiedener arabischer Regierungen, 1978/79 unter anderem die libysche und die irakische, ausfindig zu machen, führte – auch wenn die Inhalte konkreter Absprachen geheim sind – mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Erfolgen⁷⁵. Aber so wie Arafat gegenüber dem MfS nur bruchstückhaft seine Pläne darlegte und bewusst nur ausgewählte Informationen preisgab, hörte die Fatah nicht auf, Straftaten vorzubereiten, die sich gegen westliche Ziele richteten. Zudem verübten innerpalästinensische Rivalen der Fatah gerade gezielt im Westen terroristische Anschläge und Attentate, um die Pro-Arafat-Politik der westeuropäischen Regierungen zu beenden⁷⁶.

Die Strategie hinter der doppelten Deutschlandpolitik Arafats kann exemplarisch anhand der Vorgänge des Jahres 1979 nachvollzogen werden: Das, was Arafat im Osten konspirativ oder offiziell planen konnte, stand mit den Interessen Arafats am Westen in Verbindung und war insofern Teil seiner Westpolitik. In diesem Sinne bildeten für ihn der östliche und der westliche Teil Deutschlands eine funktionale Einheit. Er setzte dabei einmal auf eine sicherheitspolitische Kooperation und Selbstdarstellung als gemäßigter Politiker, der über im Westen dringend gesuchten Einfluss auf radikale palästinensische Kräfte, deren Verbindungen mit der organisierten Kriminalität und anderen terroristischen Gruppierungen verfügte, um eine Annäherung und politische Unterstützung der PLO durch einzelne Staaten Westeuropas, vor allem auch der Bundesrepublik, zu erreichen. Und gleichzeitig arbeitete Arafat im Hintergrund an einer Bedrohung eben dieser Länder und kooperierte mit Kriminellen und terroristischen Vereinigungen rechter und linker politischer Überzeugung, um den Wert und die Notwendigkeit seiner vermeintlich mäßigenden Rolle umso nachdrücklicher aufzeigen zu können⁷⁷. Der DDR kam insofern eine wichtige Funktion zu, als die PLO/Fatah Terrorismus, den der Westen gerade mit Arafats Hilfe bekämpfen wollte, dank der im Osten existenten Netzwerke und Kontakte vorbereiten konnte – ohne dass Honecker hierbei zwingend aktiv Unterstützung leisten musste⁷⁸.

⁷⁵ Vgl. Riegler, Fadenkreuz, S. 80f.; Dahlke, Transnationaler Terrorismus, S. 305–315; Szatkowski, Libyen, S. 53–66; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 896–903; Schenk, Chef, S. 340–342; Conze, Sicherheit, S. 472–486; Reinhard Müller/Stephan Löwenstein: Deutsche Hilfe für Libyen schon 1979, in: FAZ, 14. 04. 2008, S. 1, 3; Reinhard Müller: Weshalb Gaddafi die RAF für geisteskrank hielt, in: FAZ, 14. 04. 2008, S. 3; Reinhard Müller: „Ein interessanter Mann mit Aura“, in: FAZ, 16. 04. 2008, S. 4; Interview mit Egon Bahr, in: FAZ, 09. 07. 2009, S. 4; Papier vom Konditor, in: Der Spiegel, 8/1980, S. 36–41.

⁷⁶ Vgl. v. a. die Ergebnisse Rieglers in Bezug auf Österreich: Riegler, Fadenkreuz, insb. S. 19–51, 113–125, 279–293, 473f.

⁷⁷ Zum Konzept Arafats, die Fatah als „gemäßigt“ darzustellen u. gleichzeitig antiwestlichen Terrorismus zu planen, vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 44–75. Im Urteil des LG Nürnberg-Fürth im Verfahren gegen Karl-Heinz Hoffmann stellte man 1987 fest: „Wenn die Kammer die Position des Geheimdienstes um Abu Ijad [alias Salah Khalaf] im Vergleich zu anderen palästinensischen Gruppen als eine gemäßigte bezeichnet hat, so folgt das zunächst aus ihrer unmittelbaren Unterstellung unter Jassir Arafat“, so LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 851.

⁷⁸ Nabil Koulaïlat, der Kontakte mit Palästinensern in der Bundesrepublik u. West-Berlin unterhielt u. auch Mitglieder der Gruppe „Carlos“ traf, hielt sich z. B. in Ost-Berlin auf,

Jassir Arafat nahm außerdem keine personelle Abgrenzung in der Zuständigkeit einzelner Funktionäre der PLO/Fatah zwischen der DDR und der Bundesrepublik vor. Sowohl Amin al Hindi als auch Atif Bsisu, Hajal Abd al Hamid und Said al Mazin arbeiteten und sprachen parallel mit dem MfS und dem BKA. Sie alle hatten zudem in der Bundesrepublik studiert. Hindi und Bsisu standen darüber hinaus gemeinsam einer Unterabteilung der PLO-/Fatah-Sicherheit vor, die sich mit Deutschland insgesamt befasste. In bisherigen Untersuchungen und Berichten wird diese Gruppe als „Atif/Amin“ erwähnt⁷⁹. Hindi, Mazin und Bsisu traten aber nicht nur als offizielle Ansprechpartner für ost- und westdeutsche Ministerien in Erscheinung, sondern waren auch mit der Vorbereitung von „Aktionen“ mit ost- und westdeutschen Bezügen betraut⁸⁰. Von Bsisu wurde 2008 bekannt, dass er langjähriger Informant des Bundesamts für Verfassungsschutz war⁸¹.

Arafat musste seine doppelte Deutschlandpolitik stets gut ausbalancieren und im Osten glaubhaft versichern, auf der richtigen Seite zu stehen. Insofern war beispielsweise die Gruppe „Carlos“ Mittel der Westpolitik Arafats und zugleich ein Erich Mielke präsentiertes Alibi. Das MfS wiederum versuchte mit der „mündlichen Rahmenvereinbarung“ Arafat auf seine Bündnisverpflichtungen hinzuweisen und auszuschließen, dass weiterhin ohne Teilhabe oder Kontrolle des MfS durch die PLO/Fatah in der DDR Anschläge im Westen geplant und dadurch ostdeutsche Interessen verletzt oder gefährdet wurden. Honecker wollte nicht, dass Arafat den SED-Staat als passives Objekt benutzte, sondern er wollte die Palästinensische Befreiungsorganisation im Klassenkampf führen. Die sicherheitspolitische Ebene der DDR-Beziehungen zur PLO nahm 1979 eine neue Qualität an, nachdem Arafat ohne Konsultation des MfS Treffen mit internationalen Terroristen in Ost-Berlin abhalten ließ.

weil er als „Botschafter in spe“ zum Symbol einer vermeintlich vorbehaltlosen politischen Anerkennung der PLO stilisiert werden sollte. Angehörige des Fatah-Sicherheitsdienstes u. „Residenten“ kamen zum Studium in die DDR, u. die sich grundsätzlich aus dem von den westlichen Alliierten in Berlin aufrechterhaltenen Status der Stadt ergebenden Rechte, wie ein ungehinderter Reiseverkehr von Ost- nach West-Berlin, galten für arabische u. palästinensische Staatsangehörige gleichermaßen. Vgl. dazu auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136–145.

⁷⁹ Vgl. dazu u. a. BTg-Drs. 12/7600, S. 209; Analyse gewechselt, in: Der Spiegel, 41/1985, S. 48.

⁸⁰ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3 f.; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Angaben zu den Delegationsmitgliedern, Bl. 243–246; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Programm der HV A 22. 06. 1979, Bl. 239–242; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 470, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 04. 01. 1980, Bl. 39–42; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 51–62, 130 f., 155, 195, 272, 293; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07. 05. 1986, S. 1–9; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XII, Vermerk des LKA Baden-Württemberg, 22. 06. 1981, Bl. 4085, 4089; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Bayern, 17. 03. 1982, Bl. 3339 f.

⁸¹ Vgl. Josef Hufelschulte/Thomas Tumovec: Der geheime Kanal, in: Focus, 17/2008, S. 48, 50.

2. Die Intervention der SED

Auch jenseits der nicht öffentlich dargestellten Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt und Arafats Fatah entwickelten sich bis Mitte des Jahres 1979 die regulären Beziehungen der PLO/Fatah mit Westeuropa und der Bundesrepublik positiv. Die westdeutsch-israelischen Kontakte erlebten hingegen einen diplomatischen „Tiefpunkt“ und „Krisensommer“, der vielfältige Ursachen hatte⁸². Das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Begin war zu diesem Zeitpunkt bereits zerrüttet. Die Frage der politischen Aufwertung der Palästinenser stellte somit einen weiteren Streitpunkt in einer für Israel elementaren Frage dar und trug in keiner Weise zur Verbesserung der deutsch-israelischen Regierungsbeziehungen bei⁸³. Die Europäische Gemeinschaft begann im Frühjahr 1979 damit, eine neue nahostpolitische Deklaration zu formulieren. Frankreich und die Bundesrepublik waren sich bereits im Mai 1979 einig, dass die Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser die zentrale Kategorie des zukünftigen gemeinsamen Standpunktes sein sollte⁸⁴. Für Bundesaußenminister Genscher galt ein solcher Schritt als „überfällig und notwendig“⁸⁵. Nachdem die Bundesrepublik bereits im November 1974 unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten das universelle Völkerrechtsprinzip der Selbstbestimmung vor der Generalsversammlung der Vereinten Nationen betont hatte, versprach sich der Bundesaußenminister 1979 von einer gemeinsamen EG-Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes nicht zuletzt auch „Vorteile für die eigene Position“ in Bezug auf die Bevölkerung in der DDR⁸⁶.

Propalästinensische Initiativen der EG 1979 und das Treffen Arafat-Kreisky-Brandt

Die nationalen Motive der Bundesregierung für eine Befürwortung einer neuen Erklärung der Europäischen Gemeinschaft waren allerdings insofern sekundär, als die Bundesrepublik mit dem Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in der Lage war, eine israelkritischere und somit zugleich stärker proarabische Haltung einzunehmen – ohne sich moralisch angreifbar zu machen. Stieß die Forderung nach „nationalen Rechten“ und einem „palästinensischen Heimatland“ auf die kategorische Ablehnung Israels, so verhielt es sich mit dem Begriff der palästinensischen Selbstbestimmung zwar nicht anders. Mit dem Selbstbestimmungsrecht zu argumentieren, verschaffte aber die diplomatisch bessere Position. Die EG begann unter deutscher und französischer Führung damit, ihr Eintreten für die nationale palästinensische Selbstverwirklichung – die der in

⁸² Zu den Zitaten vgl. Meroz, *Mission*, S. 79, 83. Vgl. auch Buettner, *Even-Handedness*, S. 151–153; Soell, Schmidt, S. 832–836; Jaeger, *Quadratur*, S. 107.

⁸³ Vgl. Weingardt, *Nahostpolitik*, S. 291; Soell, Schmidt, S. 832–836.

⁸⁴ Vgl. Allen/Hauri, *Dialogue*, S. 98f.; Greilsammer/Weiler, *Dilemma*, S. 41–44. Vgl. auch die zeitgenössische Kommentierung: Bonner *Passepartout*, in: *Der Spiegel*, 24/1979, S. 30f.

⁸⁵ So Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.

⁸⁶ So ebenfalls Hans-Dietrich Genscher am 16. 02. 2012.

Camp David vereinbarten Autonomielösung diametral entgegenstand – in ein auf den ersten Blick weniger kontroverses Format zu kleiden, das allerdings auf den zweiten Blick noch verbindlicher war als jede Aussage zugunsten eines „palästinensischen Heimatlandes“. Denn ein von der Europäischen Gemeinschaft anerkanntes Volk der Palästinenser konnte in freier Selbstbestimmung über die eigene Entwicklung entscheiden und einen Staat beanspruchen⁸⁷.

Hans-Dietrich Genscher konzentrierte sich aber nicht nur auf eine rhetorische EG-Nahostinitiative, die auch den ins Stocken geratenen Europäisch-Arabischen Dialog beleben sollte, sondern es ging ihm um eine weitere Annäherung an Arafat und die PLO/Fatah⁸⁸. Die westeuropäischen Konzepte der Selbstbestimmung verlangten die Involvierung der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Verhandlungspartei in eine Gesamtlösung des Nahostkonfliktes⁸⁹. Parallel zu der mit Frankreich sondierten neuen Haltung der EG begann der Bundestagsabgeordnete und außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Jürgen Möllemann, Verbindungen mit Jassir Arafat aufzunehmen, die nicht als seine private Initiative, sondern als ein mit dem Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei und Bundesaußenminister Genscher abgestimmtes Vorgehen verstanden wurden. Gerade weil dahinter die Intention Genschers zu erkennen war, fand das im August 1979 in Beirut abgehaltene Treffen zwischen Arafat und Möllemann so große Beachtung⁹⁰.

Abgesehen von den Kontakten mit westlichen Regierungsvertretern fokussierte sich die PLO/Fatah seit Ende März 1979 politisch auf die SI. Trotz harscher antiwestlicher Rhetorik suchte Jassir Arafat unmittelbar nach dem Erreichen der Beschlüsse von Camp David diplomatischen Rückhalt namentlich bei der Sozialistischen Internationale⁹¹. Arafat musste erkennen, dass Washington Anfang 1979 unbedingt zu Erfolgen kommen wollte – und zugleich stärker von Israel abhängig geworden war. Auch der israelische Außenminister Moshe Dayan stellte Anfang März 1979 gegenüber den Vizedirektoren seines Ministeriums fest, der bevorstehende Aufenthalt des amerikanischen Präsidenten in Israel sei eine Chance, um politische Zugeständnisse kurz vor der geplanten Abstimmung der Knesset über den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu erreichen. Dayan verwies darauf, dass ein positives Votum des israelischen Parlamentes für die Vereinigten Staaten eine „politische Notwendigkeit von elementarer Bedeutung“ sei, gelte es für Präsident Carter doch alles daran zu setzen, den politischen Verlust Teherans zu kompensieren⁹². Der Iran war bis zu der 1979 begonnenen

⁸⁷ Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40–44; Miller, PLO Factor, S. 135f.; Jaeger, Quadratur, S. 92.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 103f.; Dajani, Euro-Arab Dialogue, S. 97f.; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 103.

⁸⁹ Vgl. Allen/Hauri, Dialogue, S. 93f.

⁹⁰ Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 285; Jaeger, Quadratur, S. 101–103. Möllemann u. Arafat verstanden sich „auf Antrieb“, so Frangi, Gesandte, S. 227. Vgl. auch Ein wenig weinerlich, in: Der Spiegel, 34/1979, S. 22–24; Bonner Passetout, in: Der Spiegel, 24/1979, S. 31.

⁹¹ Vgl. Frangi, Solidarität, S. 95; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 51–53. Zum Abschluss des Camp-David-Abkommens vgl. u. a. Tessler, Conflict, S. 511–513.

⁹² So ISA/RG 130/MFA/6915/4, Protokoll des Treffens der stellv. Generaldirektoren mit dem Minister, 07. 03. 1979 (hebräischsprachiges Original); Smith, Conflict, S. 356.

Revolution der engste Verbündete der Vereinigten Staaten in der Region gewesen⁹³.

Das Weiße Haus drängte Anfang 1979 darauf, die im Herbst 1978 von Begin und Sadat in Camp David erzielten Beschlüsse zügig ratifizieren zu lassen, um die Verhandlungen insgesamt erfolgreich abschließen zu können, wobei Carter ohne die Zustimmung der Knesset kein Durchbruch gelang. Israel würde den Moment außenpolitischer Schwäche der USA nach dem Sturz des proamerikanischen Regimes in Teheran nutzen. Als ein von den Vereinigten Staaten umworbener Partner war die israelische Regierung imstande, neue Bedingungen zu stellen. Die PLO konnte also nur verlieren⁹⁴. Allein zügige substanzielle politische Unterstützung half Arafat in dieser Lage, die Stellung der PLO aufzuwerten und sie nicht als irrelevanten Faktor des Nahostkonfliktes erscheinen zu lassen, ohne den sich Ägypten, Israel, Jordanien und die USA verständigen konnten. Um dies zu erreichen, konzentrierte er sich nicht auf die osteuropäischen Staaten, sondern bemühte sich, politisches Kapital in Westeuropa und durch die SI zu gewinnen⁹⁵.

Issam Sartawi, der Verantwortliche Arafats für die Beziehungen zur Sozialistischen Internationale, traf am 31. März 1979, zehn Tage nach Zustimmung der Knesset zum Camp-David-Abkommen, Hans-Jürgen Wischniewski und Willy Brandt, den Vorsitzenden der SI⁹⁶. Brandt war Sartawi 1977 zum ersten Mal begegnet⁹⁷. Er verwies ihm gegenüber auf die bereits Ende September 1978 auf Antrag der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei in der SI begonnene Erörterung der Frage eines Beobachterstatus für die PLO bei der Sozialistischen Internationale⁹⁸. Gegen diesen Schritt drohte die israelische Arbeiterpartei ihr Veto an, woraufhin Bruno Kreisky zu bedenken gab, dass es „doch recht nützlich“ für Willy Brandt als Präsident der SI wäre, durch „Informationen von führender Stelle genau zu prüfen“, wie es sich mit der Forderung der Vernichtung Israels seitens der

⁹³ Vgl. Gasiorowski, Shah, S. 85–129; Hiro, *Longest War*, S. 36; Hacke, *Amerikanische Nahost-Politik*, S. 121–143; Westad, *Global Cold War*, S. 289–295; Lesch, 1979, S. 30–33. Die Vereinigten Staaten hatten zwischen 1975 u. 1978 militärische Güter an den Iran geliefert, deren Gegenwert rd. das Dreifache der an Israel verkauften Rüstungsartikel betrug, vgl. IISS, *Military Balance 1972–1973*, S. 77; dass., *Military Balance 1973–1974*, S. 82; dass., *Military Balance 1974–1975*, S. 89; dass., *Military Balance 1975–1976*, S. 90; dass., *Military Balance 1976–1977*, S. 94; dass., *Military Balance 1978–1979*, S. 37, 105; SIPRI, *TIV of Arms Exports to Iran*, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (22.04.2013); ebd., *TIV of Arms Exports to Israel*, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (22.04.2013); Cordesman, *Military Forces*, S. 55–72; Gasiorowski, Shah, S. 109–121.

⁹⁴ Vgl. Hacke, *Amerikanische Nahost-Politik*, S. 83–107, 171–188; Tessler, *Conflict*, S. 511–529; Quandt, *Peace Process*, S. 310–321; Lesch, 1979, S. 44f.

⁹⁵ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 484f.; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 389–391.

⁹⁶ Vgl. Rother/Schmidt, *Über Europa hinaus*, S. 53; Wischniewski, *Leidenschaft*, S. 162; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 389–391. Zur Rolle Sartawis vgl. u. a. auch Becker, *PLO*, S. 174f.; Kraushaar, *Kampf*, S. 280–294, 604–633.

⁹⁷ Vgl. Rother/Schmidt, *Über Europa hinaus*, S. 53.

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 52; Rother, *Sozialdemokratischer Internationalismus*, S. 323. Frangi, *Solidarität*, S. 95, betont, der Auftrag Sartawis sei gewesen, der PLO einen „Platz in der internationalen sozialistischen Familie“ zu sichern.

PLO verhalte⁹⁹. Im Kontext dieses Sondierungsauftrages des SI-Büros machte Brandt im Gespräch mit Sartawi im März 1979 deutlich, dass es seine Absicht sei, Arafat zu treffen¹⁰⁰. Sartawi wiederum griff die offenbar bereits von Arafat Kreisky mitgeteilte Idee einer „Gesprächsrunde“ auf, die mit verschiedenen Teilnehmern, unter anderem Brandt, Arafat und Kreisky, Anfang Mai 1979 in Wien zusammenkommen sollte, ohne dass dies tatsächlich geschah¹⁰¹.

Das von Sartawi umrissene Angebot bildete allerdings in Verbindung mit dem Brandt'schen SI-Büro-Auftrag, die PLO-Position bezüglich der Existenz Israels kennenzulernen, die Grundlage für die am 7. und 8. Juli 1979 in Wien abgehaltenen Treffen zwischen Jassir Arafat, Bruno Kreisky und Willy Brandt¹⁰². Diese öffentliche Bestätigung und Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Arafat durch die SI und einen so renommierten, für seine proisraelische Haltung bekannten Politiker wie Willy Brandt war für die PLO gleichbedeutend mit dem „politischen Durchbruch im Westen“, wie es ein Funktionär der Palästinensischen Befreiungsorganisation im Gespräch mit ostdeutschen Diplomaten formulierte¹⁰³. Arafat hatte erreicht, dass die PLO und die Palästinenser, trotz der für sie negativen Beschlüsse von Camp David, Beachtung als Partei im Nahostkonflikt fanden¹⁰⁴.

Wichtig war zudem, dass Jimmy Carter Ende März 1979 die mit Israel beschlossenen Abmachungen von Camp David insofern veränderte, als Washington die schon 1977 vorgebrachte Kritik an Begins Siedlungspolitik wiederholte – und dies nicht mehr nur in bilateralen Gesprächen. Carter verurteilte das Vorgehen Jerusalems in den besetzten Gebieten öffentlich und forderte ein israelisches Um-

⁹⁹ So Bruno Kreisky im Interview mit dem Magazin „Der Spiegel“, in: Der Spiegel, 29/1979, S. 86. Vgl. auch Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 323; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 52f. Eine PLO-Delegation nahm erstmals 1989 mit dem offiziellen Status eines Beobachters an einem SI-Kongress teil, auch wenn Funktionäre Arafats bereits seit spätestens 1983 inoffiziell alle Kongresse der Sozialistischen Internationale besucht hatten, so Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 324.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 323; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53; Riegler, Fadenkreuz, S. 391; Interview mit Issam Sartawi, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 40f.

¹⁰¹ Vgl. Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53.

¹⁰² Vgl. Kreisky, Im Strom, S. 331; Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 323; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53; Jaeger, Quadratur, S. 97–100; Krech, Nahostpolitik, S. 26f.; Riegler, Fadenkreuz, S. 391. Wie Benedek, Anerkennung, S. 851, zu Recht betont, erfolgte die Einladung Arafats in die österreichische Hauptstadt seitens Bruno Kreiskys quasi privat, auch wenn Gespräche im Bundeskanzleramt stattfanden. Issam Sartawi erklärte im Nachgang der Gespräche in Wien: „Auf die Idee, auch Willy Brandt zu treffen und ihn mit Arafat zusammenzubringen, kam ich sehr leicht. Denn Brandt ist für uns und die Welt eine Persönlichkeit von hohem Rang. Ihn im Namen der PLO zu treffen, ist bereits ein Sieg für das palästinensische Volk“, so im Interview mit Issam Sartawi, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 40f.

¹⁰³ So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.675, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 16.07.1979, Bl. 7. Vgl. auch Frangi, Gesandte, S. 219; Merseburger, Brandt, S. 756f.; Kreisky, Im Strom, S. 331.

¹⁰⁴ Vgl. Sayigh, Struggle, S. 484; Krech, Nahostpolitik, S. 28–30; Riegler, Fadenkreuz, S. 391; Kreisky, Im Strom, S. 331.

denken in Bezug auf die palästinensischen Rechte¹⁰⁵. Das Ende Juli 1979, kurz nach dem Treffen von Wien, abgehaltene „private Gespräch“ des amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Andrew Young, mit dem VN-Beobachter der PLO, Zuhdi Tarazi, das zum Rücktritt Youngs führte, wurde daher von der israelischen Regierung als gravierender Vorgang bewertet. Man sah darin den Versuch, Druck auf Ministerpräsident Begin auszuüben, um Israel vom Bau weiterer Siedlungen in den besetzten Gebieten abzuhalten¹⁰⁶.

Insofern lief das Treffen zwischen Kreisky, Brandt und Arafat den Interessen des Weißen Hauses auch nicht zuwider – im Gegenteil. Angesichts der von Carter zunehmend konfrontativ vorgebrachten Meinung, die ihm in Jerusalem 1979 durch den zuständigen israelischen Minister Sharon angekündigte jüdische Besiedelung der besetzten Gebiete bis zum Jahr 2009 im Umfang von einer bis zwei Millionen Menschen sei außerordentlich hinderlich für den Friedensprozess, hatte Washington keinen Grund, die Vorgänge in Wien mit Missfallen zu betrachten¹⁰⁷. Issam Sartawi hatte schon im November 1977, kurz nach Carters Bemerkungen über ein palästinensisches „homeland“, Bruno Kreisky und später auch Hans-Jürgen Wischnewski erklärt: „Eine Anerkennung der PLO durch Westeuropa, ausgelöst durch eine bundesdeutsche Fürsprache werde auch die USA positiv beeinflussen. [...] Präsident Jimmy Carter sei den Palästinensern bisher am weitesten entgegengekommen, habe sich aber noch immer nicht für einen Palästinenserstaat ausgesprochen.“¹⁰⁸ Jetzt, Mitte 1979, war es noch wichtiger geworden, die westeuropäischen Beziehungen und die SI für eine Beeinflussung der US-Haltung zu nutzen¹⁰⁹.

Im Gespräch mit Staatsminister Wischnewski, der zugleich auch der Kontaktmann Willy Brandts sowie der SPD und der SI war, trug Sartawi der Bundesregierung Ende März 1979, nach Shafiq al Hut 1975, Said Kamal 1976 und Ali Hassan Salama 1977 als mindestens vierter Funktionär, den „Wunsch“ der PLO nach gegelten und engen politischen Beziehungen vor¹¹⁰. Im Nachgang zum Wiener Treffen erklärte Sartawi: „Die beiden [Willy Brandt und Bruno Kreisky] haben auch ausdrücklich die Legitimität der PLO anerkannt, als Vertreterin des palästinensischen Volkes zu sprechen. Brandt und Kreisky trafen sich mit Arafat in dessen Eigenschaft als Vorsitzender der PLO. Das ist für uns de facto und de jure

¹⁰⁵ Vgl. ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979; Stein, *Diplomacy*, S. 214–218, 255f.; Hacke, *Amerikanische Nahost-Politik*, S. 100–107.

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S. 100–106; Quandt, *Peace Process*, S. 326–328; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 238; Becker, *PLO*, S. 170; Bernhard Gwertzman: *Young Resigns Post at U.N. in Furor Over P.L.O. Talks*, in: *NYT*, 16. 08. 1979, S. A1.

¹⁰⁷ Vgl. Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 233–235; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 391f. Zur Aussage Sharons vgl. ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 234; Sharon, *Warrior*, S. 355–371.

¹⁰⁸ Zitiert nach Dahlke, *Wischnewski-Protokoll*, S. 210.

¹⁰⁹ Vgl. Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 233–235; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 391f.

¹¹⁰ Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 424, Vermerk, 09. 08. 1979, Bl. 5715f. Vgl. auch Riegler, *Fadenkreuz*, S. 391.

Anerkennung der Legitimität der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes. Der FDP-Vorsitzende und Außenminister Genscher dagegen lehnt die Anerkennung der PLO strikt ab, solange die PLO nicht die Existenzberechtigung Israels anerkenne. Sein Parteifreund Möllemann war bei Arafat, aber Genscher distanzierte sich gänzlich von ihm. Wir verurteilen seine Position.¹¹¹ Die Bundesregierung konnte Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation so lange nicht zu offiziellen Gesprächen einladen, wie Arafat im Namen der PLO nicht den Staat Israel anerkannt hatte¹¹². Die Initiative Möllemanns gegenüber Arafat, die offenbar im Kontext des Wiener Dreiergipfels Anfang Juli 1979 forciert worden war, bot dem Bundesaußenminister daher eine willkommene Chance. Ähnlich wie der FDP-Politiker und Staatsminister Moersch 1975 versuchte Möllemann vier Jahre später, die nichtamtlichen Beziehungen zur PLO/Fatah auszubauen¹¹³. Genscher war bewusst, dass es für Arafat viel wichtiger war, zu wissen, dass ihm eine politische Unterstützung durch Bonn im Rahmen der EG gewährt wurde, als offiziell durch den Bundesaußenminister empfangen zu werden¹¹⁴.

Die Involvierung Möllemanns kann auch als parteipolitischer Versuch Genschers gelesen werden, FDP-eigene Kanäle zu Arafat respektive der Fatah auszubauen, die unabhängig von den bisher sozialdemokratisch dominierten Beziehungen eingesetzt werden sollten. In einem unmittelbar nach der Reise Möllemanns in den Libanon, Anfang August 1979, verfassten Vermerk der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts wurde die SPD-FDP-Konstellation insofern deutlich, als es hieß, Wischnewski, der zu diesem Zeitpunkt bereits für Helmut Schmidt im Bundeskanzleramt arbeitete, habe nach seiner Unterredung mit Issam Sartawi im März 1979 das Auswärtige Amt gebeten zu prüfen, ob dem Palästinensischen Roten Halbmond zwei Krankenwagen „als Geste unsererseits“ geschenkt werden könnten¹¹⁵. Wischnewski sei, so setzte man fort, derjenige sozialdemokratische Politiker, der Sartawi bereits mehrfach gesprochen und der wahrscheinlich auch mehrere Treffen dieses Unterhändlers Arafats mit dem SPD-Präsidium vermittelt habe¹¹⁶. Das von den Freien Demokraten geführte Auswärtige Amt vermerkte nun, der FDP-Politiker und Vorsitzende des Unterausschusses Humanitäre Hilfe des Bundestages Möllemann müsste in „jedem Fall vor Durchführung der Spende [der zwei Krankenwagen] befasst werden“¹¹⁷.

Aus dem Kontext dieses Vermerkes geht hervor, dass Genscher die ab 1978/79 intensiviertere bundesdeutsche PLO-Politik stärker unter innen- und parteipolitischen Aspekten gewichtete und der inoffizielle Kontakt Möllemanns zu Arafat ihn unabhängiger vom Handeln des SPD-Politikers Wischnewski machen sollte.

¹¹¹ So im Interview mit Issam Sartawi, in: *Der Spiegel*, 48/1979, S. 44f.

¹¹² Vgl. Jaeger, *Quadratur*, S. 52–60, 239; Müllenmeister, *Nahostpolitik*, S. 98–103. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.

¹¹³ Vgl. Jaeger, *Quadratur*, S. 101–104. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.

¹¹⁴ So Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. u. 27. 11. 2012.

¹¹⁵ So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 424, Vermerk, 09. 08. 1979, Bl. 5716f. Zum Wechsel Wischnewskis ins Bundeskanzleramt vgl. Wischnewski, *Leidenschaft*, S. 188.

¹¹⁶ Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 424, Vermerk, 09. 08. 1979, Bl. 5715f.

¹¹⁷ So ebd., Bl. 5717.

Genscher bemühte sich um Informationen aus erster Hand. Es ging dabei nicht um die operative Arbeit, die Auslandsvertretungen in ihren Treffen mit PLO-Vertretern erledigten, sondern um eine Urteilsbildung durch Vernetzung mit der Führung um Jassir Arafat – und zwar durch enge Vertraute Genschers. Bis dahin war es unzweifelhaft die SPD, die von allen Parteien des Bundestages die besten Kontakte mit der Fatah unterhielt, die immer wieder auch für die Arbeit der seit 1966 fortwährend unter sozialdemokratischer Beteiligung oder Führung tätigen Bundesregierung außen- und sicherheitspolitisch wichtig gewesen waren¹¹⁸. Zumal, wie Weingardt hervorhebt, Willy Brandts Treffen mit Arafat im Juli 1979 zwar im Kontext der SI stand, aber zugleich auch in Personalunion durch den SPD-Vorsitzenden wahrgenommen wurde¹¹⁹. Dem Politiker Genscher, der den Freien Demokraten vorstand, ging es um Alternativen außerhalb sozialdemokratisch monopolisierter Kanäle zur Fatah, möglicherweise nicht zuletzt, um das innenpolitische Profil der FDP unter den stärker proarabisch orientierten Kreisen der Wirtschaft knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl zu schärfen.

Honeckers Reaktion auf Arafats Empfang in Wien und die EG-Deklaration von Venedig

Anfang Juli 1979 stand die Antwort auf eine Frage fest, mit der Jassir Arafat schon im März 1978 in Ost-Berlin konfrontiert worden war: „Stellvertretend für den USA-Imperialismus“, so dozierte seinerzeit die SED, versuche die SI unter Führung von Brandt und Kreisky, „die revolutionären Kräfte auf einen Kurs ähnlich dem von Sadat zu bringen. Gibt es solche Versuche auch gegenüber der PLO?“¹²⁰ Egal wie Arafat im Sommer 1979 geantwortet hätte, wäre er erneut nach seinen Kontakten zu Kreisky und Brandt gefragt worden: Für Mielke und Honecker wurde es nach dem Treffen von Wien zur Gewissheit, dass Arafat sie über seinen politischen Westkurs nicht unterrichtet hatte. Noch im Juni 1979 hatte die SED Auskunft erbeten, als wenige Tage vor dem Treffen Arafat-Kreisky-Brandt die „mündliche Rahmenvereinbarung“ mit der DDR-Staatssicherheit abgeschlossen worden war¹²¹. Während der Verhandlungen mit dem MfS wurden die parallelen Bemühungen Sartawis aber in keiner Form von den Palästinensern angesprochen¹²². Die Reaktionen des SED-Regimes auf das Treffen von Wien waren entsprechend deutlich.

Ende August 1979 bestellte das MfS den Leiter der PLO-Sicherheit, Salah Khalaf, in die DDR ein. Dass es sich bei diesem „Besuch“ Khalafs um eine Einbestellung handelte, zeigte sich daran, dass Honecker nicht auf Khalafs Wunsch eingegangen war, die DDR „bis zum 7. Juli“ zu besuchen¹²³. Ob die SED Khalaf nicht

¹¹⁸ Er sei 1974 bereits als „unser Mann“, im Sinne der Partei SPD, in das von den Liberalen geführte Auswärtige Amt delegiert worden, so Wischniewski, Leidenschaft, S. 177.

¹¹⁹ Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 285.

¹²⁰ So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2. 023/89, Zusatzfragen, o. D.

¹²¹ So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185-187.

¹²² Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26. 06. 1979, Bl. 182-184.

¹²³ Vgl. ebd., Bl. 183; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 21. 08. 1979, Bl. 141-146; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Arbeitskonzept, 16. 08. 1979, Bl. 149f.

einlud oder ein vereinbartes Treffen angesichts der zeitgleichen Begegnung zwischen Arafat, Kreisky und Brandt wieder absagte, ist unbekannt. Khalafs Kommen im August war aber in jedem Fall nicht mehr auf den ursprünglich geäußerten „Wunsch“ zurückzuführen. Außerdem gab es auch keinen konkreten anderweitigen Anlass. Die im Juni vereinbarte Sicherheitspartnerschaft war bereits in Kraft. Khalafs Aufenthalt in Ost-Berlin Ende August 1979 muss daher vor dem Hintergrund des Treffens zwischen Kreisky, Brandt und Arafat sowie des Gespräches zwischen Jürgen Möllemann und Jassir Arafat betrachtet werden. Honecker erkannte Handlungsbedarf, um bereits im Juni besprochene Fragen nochmals deutlicher erörtern zu lassen, diesmal allerdings nicht auf der Ebene der Abteilungsleiter der PLO-Sicherheit, sondern des „Ministers“¹²⁴.

Mielke legte Khalaf – wenn auch nicht wörtlich, so in der Sache unmissverständlich – dar, dass Arafat seine Westpolitik zu ändern habe, weil die DDR mit der gezeigten Kooperationsbereitschaft der Fatah nicht einverstanden sei und weder Information erhalte noch konsultiert werde¹²⁵. Khalaf versuchte, durch Beschwichtigungen und nachträgliche Beteuerungen der ideologischen Standfestigkeit Arafats eine Belastung der Beziehungen zu verhindern¹²⁶. Er war insofern erfolgreich, als die DDR noch davon absah, entschiedene Schritte gegen Arafat einzuleiten. Das MfS kam in einer internen Analyse jedoch zu dem Schluss, dass „subjektive Forderungen, teilweise illusorisches Wunschenken und deklaratives Darstellen sowie insgesamt oberflächliche unanalytische Wertungen“ die Potenziale der „operativen Zusammenarbeit“ mit der PLO-Sicherheit „reduzierten“¹²⁷. Weiter hieß es: „Es gelingt [der PLO/Fatah] nicht, einzelne Aspekte und Aktionen (z. B. seitens der Sozialistischen Internationale gegenüber der PLO) in den Gesamtrahmen der Entwicklungen in der Region einzuordnen. [...] Von insgesamt kleinbürgerlichen Klassenpositionen aus werden innen- und außenpolitische Bestrebungen imperialistischer und arabischer Staaten, deren strategisches und taktisches Vorgehen bewertet.“¹²⁸

Jassir Arafat erzielte im Verlauf des Jahres 1979 neue politische Erfolge im Westen. Vor den Vereinten Nationen erklärte Irland stellvertretend für die EG Ende September: „It is essential that there be respect for the legitimate rights of the Palestinian people. These include the right to a homeland and the right, through its representatives, to play its full part in the negotiation of a comprehensive

¹²⁴ „Zielstellung“ des Treffens mit Salah Khalaf war gemäß Aussage des MfS, die „Bestätigung der im Juni 1979 getroffenen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit MfS-PLO/Sicherheit durch Abu Ayad [alias Salah Khalaf]“, außerdem sollten die „Gesprächsergebnisse Möllemann-Arafat“ in Erfahrung gebracht werde, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Arbeitskonzeption, 16. 08. 1979, Bl. 149; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Konzept, o. D., ca. August 1979, Bl. 153. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 106, stellt fest, mehrere Mitglieder der ostdeutschen Staats- u. Parteiführung hätten nach dem Treffen von Wien „displeasure“ u. „uneasiness“ zum Ausdruck gebracht, da sie diesen Schritt Arafats offenkundig ablehnten.

¹²⁵ So BStU, MfS, Sek. Neiber, 937, Bericht, 23. 08. 1979, Bl. 3-6.

¹²⁶ So ebd., Bl. 7-11.

¹²⁷ So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Wertung, 08. 08. 1979, Bl. 128.

¹²⁸ So ebd., Bl. 128f.

settlement. Security Council resolutions 242 (1967) and 338 (1973) [...] taken as a whole, set the essential framework for a peace settlement. In the view of the nine countries it is necessary that they be accepted by all those involved – including the Palestine Liberation Organization – as the basis for negotiation of a comprehensive settlement in which all the parties will play their full part.“¹²⁹ Die Europäische Gemeinschaft bekannte sich damit im Herbst 1979 zum ersten Mal ausdrücklich dazu, die Palästinensische Befreiungsorganisation als Verhandlungspartnerin anzuerkennen, sobald diese die Resolutionen 242 und 338 akzeptierte¹³⁰.

Anfang 1980 intensivierte Arafat die EG-Kontakte der PLO/Fatah und fand vor allem in Paris und Bonn die notwendige Unterstützung. Der französische Präsident griff im März 1980 offiziell die bundesdeutsche Terminologie des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes auf¹³¹. Außerdem wiederholte Giscard d'Estaing die vor den Vereinten Nationen geforderte Teilnahme „aller Parteien des Konfliktes“ an Verhandlungen, also auch die der PLO als Vertreterin der Palästinenser¹³². Khalid al Hassan, enger Vertrauter Arafats, ehemaliger Student aus der Bundesrepublik und einer der wichtigsten Funktionäre der PLO/Fatah, sprach am 19. April 1980 in Straßburg vor den mehr als 300 Mitgliedern der Parliamentary Association for Euro-Arab Cooperation¹³³. Vier Tage später verabschiedete die Europäische Gemeinschaft ein gemeinsames Dokument, das eine für die PLO vorteilhafte Neuformulierung der Sicherheitsratsresolution 242 forderte¹³⁴. Israel verurteilte diese Schritte und lehnte jede politische Aufwertung der Palästinensischen Befreiungsorganisation entschieden ab¹³⁵.

Nichtsdestotrotz erkannte die Europäische Gemeinschaft zehn Tage später, am 13. Juni 1980, mit ihrer Deklaration von Venedig an, dass das palästinensische Selbstbestimmungsrecht und die Teilnahme der PLO an Verhandlungen für die Lösung des Nahostkonfliktes unerlässlich seien¹³⁶. Sieben Jahre nach der ersten Erklärung der Europäischen Gemeinschaft, in der den Palästinensern „legitime Rechte“ zugesprochen worden waren, forderte man nun einen palästinensischen Staat sowie eine Beteiligung der PLO als einer Repräsentantin der Palästinenser – wenn auch nicht als der einzigen oder ausschließlichen – an Verhandlungen über eine Konfliktlösung. Die EG wies Jassir Arafat damit eine wichtige politische

¹²⁹ So UN A/34/PV.8, Procès-Verbal, 25. 09. 1979, paras. 27f.

¹³⁰ Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40f.; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 96, 125; Les succès de M. Arafat en Europe, in: *Le Monde*, 15. 09. 1979, S. 1.

¹³¹ Vgl. Rondot, France, S. 93f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 44f.; dies., European Political Cooperation, S. 141f.; Miller, PLO Factor, S. 136; Benedek, Anerkennung, S. 851.

¹³² Vgl. Rondot, France, S. 93f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 44f.; Miller, PLO Factor, S. 136.

¹³³ Vgl. Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 233; Kurz, Fatah, S. 94.

¹³⁴ Vgl. Greilsammer/Weiler, European Political Cooperation, S. 142.

¹³⁵ Vgl. dies., Dilemma, S. 46f.; Foreign Ministry Statement on the Council of Europe Resolution, 24. 04. 1980, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1979–1980, S. 241. Vgl. auch ISA/RG 130/MFA/6916/4, Telegramm des Außenministeriums an die Botschaft Washington, 07. 09. 1979; Excerpts from Statement in the Knesset by Prime Minister Begin, 02. 06. 1980, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1979–1980, S. 267–269.

¹³⁶ Vgl. Resolution of the Heads of Government and Ministers of Foreign Affairs of the European Council, 13. 06. 1980, in: ebd., S. 275f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 272f.; Jaeger, Quadratur, S. 119–124.

Rolle zu, ohne die Palästinensische Befreiungsorganisation unmittelbar anzuerkennen¹³⁷. Die Regierung Israels nannte die Deklaration von Venedig eine „Schande“ für Europa¹³⁸.

Bundesaußenminister Genscher war neben seinem französischen Amtskollegen maßgeblich an der Ausarbeitung der Deklaration von Venedig beteiligt¹³⁹. Mit ihr fanden die seit Mai 1979 in der Europäischen Gemeinschaft zirkulierenden Überlegungen über eine Neufestlegung der Position gegenüber der PLO und den Palästinensern ihren Abschluss. Dass es mehr als ein Jahr gedauert hatte, bis die EG eine gemeinsame Haltung fand, die die Forderungen nach Beteiligung der PLO und der palästinensischen Selbstbestimmung umfasste, lag auch an der massiven israelischen Opposition¹⁴⁰. Ganz besonders der Bundesregierung warf Jerusalem vor, aus einer „positiven Passivität in eine negative Aktivität“ innerhalb der EG übergegangen zu sein, wie der Politische Direktor des israelischen Außenministeriums im September 1979 in einem Vermerk an seinen Minister schrieb¹⁴¹. Weiter hieß es, mit dem Terminus des Selbstbestimmungsrechtes seien „neue Elemente nach Prinzipien von Genscher“ eingeführt worden, die „eine scharfe Wende in der Stellung der Neun zur Konsequenz haben, deren Folgen nicht nur für die EG-Länder, sondern auch weit darüber hinaus für den ganzen Kontinent schwerwiegend sein werden. Meiner Meinung nach ist die Stellung von Deutschland der wichtigste und bedeutungsvollste Faktor in der gegenwärtigen politischen Konstellation.“¹⁴² Dieser Vermerk diente der Vorbereitung Dayans auf seinen anschließenden Besuch in Bonn, der nach Auskunft des damaligen israelischen Botschafters in der Bundesrepublik, Johanan Meroz, nicht nur die „völlige Beziehungslosigkeit“ zu Hans-Dietrich Genscher offenbarte, sondern auch die „sachlichen Gegensätze auch auf persönlicher Ebene [...] verschärfte“¹⁴³.

Dayan wies im Herbst 1979 eindringlich darauf hin, dass Israel die Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung in Anbetracht des begonnenen Camp-David-Prozesses für inakzeptabel halte. Darüber hinaus ließ er keinen Zweifel, dass Israel gerade die westdeutsche Unterstützung der neuen EG-Deklaration besonders enttäusche. Der israelische Außenminister erhob den Vorwurf, nur Bundeskanzler

¹³⁷ Vgl. François-Poncet, Quai d'Orsay, S. 184; Buettner, *Even-Handedness*, S. 146f.; Greilsammer/Weiler, *Dilemma*, S. 47–49, 104f.; Weingardt, *Nahostpolitik*, S. 272f.; Miller, *PLO Factor*, S. 137; Müllenmeister, *Nahostpolitik*, S. 78, 130; Perthes, *Beziehungen*, S. 104.

¹³⁸ Vgl. *Le Figaro*: Interview with Prime Minister Begin, 14. 06. 1980, in: Medzini, *Israel's Foreign Relations 1979–1980*, S. 276; Excerpts from Statement in the Knesset by Foreign Minister Shamir, 19. 06. 1980, in: ebd., S. 282; Cabinet Communiqué, 15. 06. 1980, in: ebd., S. 276f.

¹³⁹ Vgl. Genscher, *Erinnerungen*, S. 219. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 27. 11. 2012.

¹⁴⁰ Vgl. Greilsammer/Weiler, *European Political Cooperation*, S. 141f., Buettner, *Even-Handedness*, S. 150–152.

¹⁴¹ So ISA/RG 130/MFA/6916/4, Schreiben des Politischen Direktors des Außenministeriums an den Außenminister, 06. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original).

¹⁴² So ebd.

¹⁴³ So Meroz, *Mission*, S. 79, vgl. auch ebd., S. 118f.; Jaeger, *Quadratur*, S. 101–108; Soell, Schmidt, S. 832–836.

Schmidt und Außenminister Genscher hätten dazu beigetragen, dass der Begriff der palästinensischen Selbstbestimmung politisch ein solches Gewicht erlangen konnte¹⁴⁴. Weder Israel noch Ägypten würden, so Dayan, ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen, da „der Ausdruck der Selbstbestimmung in Nahost und in der Welt eine klare Bedeutung hat. Er impliziert das Recht, einen Staat zu fordern. In Camp David gibt es keine Andeutung einer Selbstbestimmung. Es ist eine Formulierung, die diejenigen stärkt, die Camp David ablehnen.“¹⁴⁵ Ferner erklärte Dayan: „And of course, the question of self-determination was discussed there [in Camp David]. And it has been agreed to avoid the expression ‚self-determination‘ in order to avoid the Palestinian state, and President Sadat signed it.“¹⁴⁶ Bundesaußenminister und Bundeskanzler erwiderten Dayan sinngemäß dasselbe: „Als Deutsche ist unsere Situation anders, weil wir ein Problem mit der Selbstbestimmung der Ostdeutschen haben, und deshalb können wir die Selbstbestimmung nicht ignorieren, wenn es sich um Andere handelt.“¹⁴⁷

Israel und die Bundesregierung einigten sich im September 1979 auf eine Formel, die besagte, dass Bonn den Terminus eines palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes nur noch mit dem Verweis gebrauchen würde, dass die Ausübung dieses Rechtes an die Zustimmung aller beteiligten Seiten des Nahostkonfliktes gebunden sei. So konnte Israel von einem Veto Gebrauch machen, um die Verwirklichung palästinensischer Selbstbestimmung zu verhindern¹⁴⁸. Diese Kondition besaß im Weiteren keine politische Bedeutung, denn das vonseiten der Bundesregierung als universelles Prinzip verstandene Recht auf Selbstbestimmung wäre ad absurdum geführt worden, hätte man es von der Zustimmung Dritter abhängig gemacht¹⁴⁹. Johanan Meroz schrieb im Rückblick: „Mit der Erklärung von Venedig im Frühjahr 1980 war er [Bundesaußenminister Genscher] endgültig umgefallen, auch wenn er weiterhin die Illusion – um nicht zu sagen: Irrefüh-

¹⁴⁴ Vgl. ISA/RG 130/MFA/6916/4, Address by Foreign Minister Dayan, 10. 09. 1979. Vgl. auch Buettner, *Even-Handedness*, S. 150–152; Jaeger, *Quadratur*, S. 104–108.

¹⁴⁵ So ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Hans-Dietrich Genscher u. Andreas Meyer-Landrut, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original). Vgl. auch AAPD, 1979, Dok. 260, Gespräch des Bundesaußenministers mit dem israelischen Außenminister Dayan, 09. 09. 1979, S. 1289–1293.

¹⁴⁶ So ISA/RG 130/MFA/6916/4, Address by Foreign Minister Dayan, 10. 09. 1979.

¹⁴⁷ So Hans-Dietrich Genscher, vgl. ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Hans-Dietrich Genscher u. Andreas Meyer-Landrut, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original). Bundeskanzler Schmidt sagte Dayan: „Ich als Deutscher, in dessen Volk 16 Millionen Leuten das Recht für Selbstbestimmung verneint wird, kann schwer Anderen das Recht auf Bestimmung entziehen“, so ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Bundeskanzler Schmidt, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original). Vgl. auch AAPD, 1979, Dok. 261, Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Außenminister Dayan, 10. 09. 1979, S. 1295f.; Perthes, *Beziehungen*, S. 103f.

¹⁴⁸ Vgl. ISA/RG 130/MFA/6916/4, Aktennotiz, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original); ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Hans-Dietrich Genscher u. Andreas Meyer-Landrut, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original); Buettner, *Even-Handedness*, S. 152; Jaeger, *Quadratur*, S. 108.

¹⁴⁹ Vgl. auch Weingardt, *Nahostpolitik*, S. 283. Ipsen, *Völkerrecht*, S. 349, betont: „Der Akt der Selbstbestimmung muss als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes von äußerer Einwirkung frei sein.“

rung – des Kompromisses aufrechterhielt. In den Hauptfragen, die von Bedeutung waren – Palästinenser und palästinensische Selbstbestimmung, Jerusalem, Zukunft der Gebiete westlich des Jordans [...] –, ging die Bundesregierung zusehends auf arabische Forderungen ein.¹⁵⁰

Die Deklaration von Venedig verhalf Jassir Arafat zu einem weiteren wichtigen Erfolg im Westen¹⁵¹. Nun besaß die PLO die politische Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft, die im Gegensatz zu den Vereinbarungen von Camp David forderte, dass die Palästinenser in freier Selbstbestimmung einen eigenen palästinensischen Staat gründen durften – ein Ergebnis von zentraler Bedeutung, gerade weil die PLO damit nicht auf den Kreml als alleinigen Verbündeten angewiesen war¹⁵². Die Regierung in Wien hatte bereits drei Monate zuvor, im März 1980, als erste in Westeuropa volle diplomatische Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation hergestellt, die der PLO in der DDR noch verweigert worden waren¹⁵³.

Die Separatbeziehungen der SED

Für die ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen stellte die Erklärung von Venedig insofern eine Zäsur dar, als die Ost-Berliner Parteiführung nach deren Veröffentlichung erkannte, dass die bisherige Ausgestaltung des Verhältnisses zur PLO/Fatah revidiert werden musste. Am 7. Juli 1980 lud die SED eine Delegation der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas unter Leitung ihres Vorsitzenden, Naif Hawatma, in die DDR ein¹⁵⁴. Die Kosten dieser Reise trug die Partei, die offiziell einladende wie verantwortliche Stelle war allerdings das Solidaritätskomitee¹⁵⁵. Hermann Axen, ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen, sollte Hawatma auf Beschluss der SED zu einem „internen Informationsgespräch“ empfangen¹⁵⁶. Dieses Treffen fand schließlich am 14. Juli 1980 statt¹⁵⁷. Das Solidaritätskomitee hielt fest: „Genosse Hermann Axen begrüßte die Delegation [der DFLP] und brachte seine Freude über das Treffen zum Ausdruck. Er übermittelte die Grüße des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, und der Parteiführung. Danach verwies er darauf, dass der Genosse Trappen [stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen] bereits 2 Tage zuvor die Gründe über den internen Charakter des Gesprächs dargelegt habe. Das beeinträchtigt jedoch nicht die Freundschaft, die zwischen unserer Partei und der Organisation [gemeint ist die DFLP] bestehe. Die Beziehungen würden folglich unter Leitung des Solidaritätskomitees abgewickelt, dessen Präsident gleichzeitig

¹⁵⁰ So Meroz, *Mission*, S. 82.

¹⁵¹ Vgl. Weingardt, *Nahostpolitik*, S. 272–274.

¹⁵² Vgl. Allen/Hauri, *Dialogue*, S. 99–104; Greilsammer/Weiler, *European Political Cooperation*, S. 144–146. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.

¹⁵³ Vgl. Krech, *Nahostpolitik*, S. 28; Riegler, *Fadenkreuz*, S. 76.

¹⁵⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3090, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 07. 07. 1980, Bl. 13.

¹⁵⁵ Vgl. ebd.

¹⁵⁶ So ebd.

¹⁵⁷ Vgl. BArch, DZ 8/246, Vermerk, 14. 07. 1980.

Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission des ZK der SED sei. Es handelt sich also um eine Rollenverteilung. [...] In diesem Zusammenhang stellte Genosse Axen fest, dass nunmehr offizielle Beziehungen zwischen der SED und der DFLP eröffnet werden, sie jedoch formell über das Solidaritätskomitee der DDR verwirklicht werden. [...] Hawatmeh betonte seine Freude über die Aufnahme offizieller Beziehungen und erklärte, dass in Verbindung damit eine verstärkte Solidarität mit dem ‚marxistischen Flügel der PLO‘ geübt werden sollte. Das bedeutet: jährliche Besuche, materielle Hilfe, Ausbildung von Kadern u. a. [...] Mit der von Genossen Axen vorgeschlagenen Form der Abwicklung der Beziehungen über das Solidaritätskomitee sei er einverstanden.“¹⁵⁸

Diese von Axen dargelegte Auffassung hieß nichts anderes als dass Honecker die seit 1973 bestehende klassische PLO-Politik der DDR beenden wollte. Die SED gab den seit damals gültigen Grundsatz auf, nicht auf die innerpalästinensische Rivalität einzelner Gruppen mit der Fatah aktiv Einfluss zu nehmen. Wie zu Beginn der PLO- und Palästinapolitik, als nicht die DDR oder die SED, sondern das AASK mit palästinensischen Organisationen arbeiten sollte, war es von nun an Aufgabe des Solidaritätskomitees, die offiziellen Beziehungen zwischen der SED und der DFLP, später auch die mit der PFLP, der Saiqa und der PKP, aufzubauen und zu entwickeln. Dass mit Achim Reichardt Anfang 1981 der DDR-Botschafter aus Beirut zum neuen Generalsekretär des Solidaritätskomitees ernannt werden sollte, war von großem Vorteil für die von der SED dem Solidaritätskomitee zugedachte neue Aufgabe. Reichardt kannte die Vorsitzenden sowie die wichtigen Funktionäre der DFLP, der Saiqa, der PKP und der PFLP aus seiner Zeit im Libanon sehr gut¹⁵⁹. Er selbst gehörte zu denjenigen, die seit geraumer Zeit eine Veränderung der PLO-Politik Ost-Berlins gefordert hatten. Reichardt plädierte nachdrücklich dafür, nicht länger einen auf die Fatah zentrierten Ansatz zu verfolgen, weil die DDR damit indirekt diejenigen palästinensischen Gruppen vernachlässigte, die aus politischer Sicht wichtiger als die Fatah waren. Wollte man eine weitere Rechtsausrichtung der PLO verhindern, dann mussten die DFLP und die PFLP gestärkt werden¹⁶⁰. Die im Sommer 1980 initiierten separaten Parteibeziehungen mit den „progressivsten“ Teilen der PLO sollten nun dazu dienen, die bestehenden innerpalästinensischen Kräfteverhältnisse planmäßig umzugestalten und gegen die „bürgerliche“ Dominanz der Fatah innerhalb der PLO vorzugehen. Im Bericht des Solidaritätskomitees über das Treffen mit Hawatma hieß es im Juli 1980 wörtlich: „Das Ziel des Delegationsbesuches lag für beide Seiten in der Absicht, die Beziehungen zur DFLP, als einer linken, marxistisch-leninistischen Positionen sehr angenäherten Teilorganisation der PLO, zu vertiefen, [...] die DDR-

¹⁵⁸ So ebd.

¹⁵⁹ Vgl. Reichardt, Solidarität, S. 54–56; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Schreiben der Botschaft Beirut an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 21.09.1978. Achim Reichardt kehrte Ende 1981 in die DDR zurück u. bereitete sich auf seine neue Tätigkeit im Solidaritätskomitee vor, vgl. Reichardt, Solidarität, S. 56f.

¹⁶⁰ Reichardt sprach sich seit Herbst 1978 gegenüber dem ZK der SED klar für die gezielte Förderung der „antiimperialistischen“ PLO-Teile, v. a. der DFLP, aus, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Schreiben der Botschaft Beirut an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 21.09.1978.

Seite strebte den Ausbau dieser Beziehungen vor allem unter dem Aspekt der Stärkung des linken progressiven Flügels der PLO [an].¹⁶¹

Auch wenn Ost-Berlin bereits seit 1973 Emissäre der DFLP und der PFLP öfter zu politischen Konsultationen empfangen hatte als Delegationen der PLO/Fatah, hatte Honecker stets von der Aufnahme separater Parteibeziehungen mit Teilen der Palästinensischen Befreiungsorganisation abgesehen. Das SED-Regime sondierte erst Anfang des Jahres 1980, wie die ostdeutsche PLO-Politik insgesamt neu gestaltet werden konnte, um nicht länger die antiimperialistischen Kräfte zu benachteiligen und die „bourgeois“ zu fördern – wenn Letztere erfolgreich im Westen reüssierten¹⁶². Erst im Sommer 1980 – nachdem die Europäische Gemeinschaft sich geschlossen zu Arafat bekannt hatte – reagierte Honecker. Denn er konnte die von der Fatah ausgehende politische Gefahr nicht mehr ignorieren. In Konsequenz dieses Eingeständnisses schuf die SED die Voraussetzungen, in einem kontinuierlichen Prozess politisch wie materiell gegen die Fatah innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation vorgehen zu können.

Klaus Polkehn verkennt die Bedeutung der 1980 initiierten separaten Beziehungen der SED mit der DFLP und der PFLP, wenn er erklärt: „Die PLO-Führung wurde ‚protokollgemäß‘, sozusagen von Staats wegen, empfangen. Aber es gab gleichermaßen Beziehungen mit Teilorganisationen, insbesondere zur Volksfront (PFLP) und zur Demokratischen Front (DFLP). George Habache und Nayef Hawatmeh weilten des Öfteren als Gäste des Solidaritätskomitees in der DDR. Auch die Mitglieder von PFLP und DFLP kamen in den Genuss von Solidaritätsleistungen, insbesondere Studienplätzen. Es entsprach durchaus der politischen Grundhaltung wie auch einem gewissen politischen Harmoniebedürfnis, wenn die DDR-Vertreter bei Diskussionen sich immer wieder für die palästinensische Einheit unter dem Dach der PLO stark machten und versuchten, zwischen den palästinensischen Gruppierungen zu vermitteln.“¹⁶³ Ein solches Urteil blendet aus, dass es Honecker geboten schien, in den innerpalästinensischen Machtkämpfen Partei zu ergreifen und separate Unterstützung für die Fatah-Opposition zu leisten, weil er mit der Politik der Führung der PLO nicht zufrieden war. Das Intervenieren des ZK der SED 1980 zeugt somit weniger von einem ostdeutschen „Harmoniebedürfnis“ als vielmehr von einem Konflikt sowie dem Verlangen, den Westkurs Jassir Arafats und der Fatah zu revidieren, nachdem die Europäische Gemeinschaft faktisch die PLO anerkannt hatte.

¹⁶¹ So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Bericht des Solidaritätskomitees an das MfAA, 18. 11. 1980.

¹⁶² Zur Frequenz der Besuche von DFLP- bzw. PFLP-Gesandtschaften in der DDR vgl. die Unterlagen in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3529/82; BArch, DZ 8/602, Informationsmappe PLO, o. D. Anfang 1980 berichtete die DDR-Botschaft Damaskus: „In letzter Zeit haben faktisch alle Teilorganisationen der PLO, so die DFLP, die Saiqa, PFLP-GC u. a. ihren Druck wegen der Aufnahme direkter Beziehungen verstärkt. Übereinstimmend erheben sie den Vorwurf, dass die Solidaritätshilfe der DDR nur der Fatah zugutekomme. [...] Ich [der Botschafter] will in Erfahrung bringen, welche Beziehungen seitens der SU, Bulgarien u. a. sozialistischen Staaten mit den Teilorganisationen über Damaskus gepflegt werden“, so BArch, DZ 8/245, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 24. 01. 1980.

¹⁶³ So Polkehn, DDR, S. 38. Ähnlich unkritisch urteilt auch Herf, Undeclared Wars, S. 364–366.

Zwischen 1980 und Ende 1981 wurden in Ost-Berlin – neben dem offiziellen Vertreter der PLO – auch „Botschafter“ der DFLP, der PFLP, der Saiqa und der palästinensischen Kommunisten zugelassen, die ab Anfang 1982 gezielt mit dem Solidaritätskomitee und der SED Alternativlösungen für die Fatah-Regierung der PLO vorbereiteten¹⁶⁴. Diese Repräsentanten der „fortschrittlichen“ palästinensischen Gruppen lebten seit langer Zeit in der DDR und waren zumeist Studenten¹⁶⁵. Einen amtlicherseits akkreditierten Vertreter der Fatah gab es nicht. Aber wie aus einem Bericht der Staatssicherheit Anfang 1982 hervorgeht, hatte Arafat, unabhängig von einer offiziellen Einwilligung, ebenfalls einen Vertreter vor Ort, der in der DDR die Mitglieder der Fatah betreute: den niedergelassenen Arzt I. J.¹⁶⁶ In einem Vermerk des MfS hieß es, J. könne in seiner politischen Gesinnung „als konsequenter Antikommunist“ bezeichnet werden, der es „ausgezeichnet versteht, sich mithilfe seines sehr guten Wissens um die Klassiker des Marxismus/Leninismus zu tarnen“; I. J. „wäre fähig, überall den Eindruck zu hinterlassen, dass er Kommunist sei. Die Quellen schätzen ein, dass diese Tarnung Teil seines politischen Auftrages sein könnte.“¹⁶⁷

Die SED gewährte gemäß der über das Solidaritätskomitee zu gestaltenden Parteibeziehungen mit der DFLP und der PFLP erstmals seit Abschluss des Abkommens mit der PLO im Jahr 1973 eigenständige Solidaritätsleistungen für Mitglieder der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Ab 1980/81 durften die „progressiven“ Kräfte der PLO auch jeweils fünf Studenten delegieren, zehn Facharbeiter in der DDR ausbilden lassen und – im Gegensatz zur Fatah – sogar 20 Mitglieder an die Parteihochschule entsenden¹⁶⁸. Die Lieferung von Waffen war zwar offiziell nicht Inhalt der separaten Parteikontakte, fand in der Praxis allerdings später sehr wohl statt. Die „antiimperialistische“ Fatah-Opposition wurde in den Folgejahren von der SED auch mit „nichtzivilen“ Mitteln unterstützt¹⁶⁹. Moskau hatte bereits seit Sommer 1979 eine solche Neuausrichtung der PLO-Po-

¹⁶⁴ Die Einladung des PFLP-Vorsitzenden erfolgte Anfang 1981, vgl. BArch, DZ 8/246, Schreiben des Solidaritätskomitees an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 06.04.1981. Zum Aufenthalt des Saiqa-Botschafters vgl. BStU, MfS, HA II, 28049, Information, o. D., ca. Juni 1983, Bl. 1.

¹⁶⁵ Der DFLP-Parteisekretär gehörte etwa der südjemenitischen Botschaft in Ost-Berlin an, vgl. BArch, DZ 8/246, Schreiben des DFLP-Sekretärs an das Solidaritätskomitee, 07.02.1983.

¹⁶⁶ Vgl. BStU, MfS, HA II, 28772, Einschätzung, 24.08.1982, Bl. 13.

¹⁶⁷ So ebd.

¹⁶⁸ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Bericht des Solidaritätskomitees an das MfAA, 18.11.1980. Anderweitige Aktennotizen der 1980er Jahre zeigen, dass sich die Studenten der diversen palästinensischen Fraktionen auch in separaten Verbänden in der DDR organisierten. Zur Fatah u. der antikommunistischen Haltung ihres Verbandes vgl. BStU, MfS, HA II, 28772, Information, 08.02.1985, Bl. 27f. Die PFLP erhielt 1981/82 aus der DDR Waren im Gesamtwert von rd. 250 000 Mark, u. a. sechs bis sieben Ausbildungsplätze, Uniformstoffe, Zelte u. Medikamente, vgl. BArch, DZ 8/246, Beschluss, 12.08.1981.

¹⁶⁹ Axen sagte Hawatma im Juli 1980: „Die nichtzivile Lieferung erfolgt, wenn erforderlich, nur an die PLO“, so BArch, DZ 8/246, Vermerk, 14.07.1980. 1983 bedankte sich die PFLP beim Solidaritätskomitee für die erhaltenen Waffen, vgl. BArch, DZ 8/245, Vermerk, 19.05.1983.

litik in Form materieller Hilfen für die DFLP und die PFLP vorgenommen¹⁷⁰. Das ZK in Ost-Berlin folgte im Sommer 1980 dem Kurswechsel des Kreml.

Während die SED neue Beziehungen mit Teilen der PLO herstellte, verringerte Honecker die Unterstützung, die er *der* PLO – das heißt also faktisch *der* Fatah – gewährte. 1979 begann Ost-Berlin, den Eigenanteil Arafats bei den bisher kostenlos zur Verfügung gestellten Leistungen zu reduzieren. Insgesamt erhielt die PLO/Fatah zwischen 1978 und 1980 „solidarische“ Unterstützung im Wert von rund sechs Millionen Mark – die Hälfte der laut geltendem SED-Abkommen vereinbarten Höhe¹⁷¹. Die Bundesrepublik zahlte der UNRWA im selben Zeitraum über 30 Millionen DM¹⁷². 1979 ließ Honecker Waren für rund 2,6 Millionen Mark an Arafat liefern; die SWAPO bezog hingegen Güter für 6,1 Millionen und der ANC sowie die ZAPU für jeweils fünf Millionen Mark¹⁷³. 1978 und 1980 war das Verhältnis der entsprechenden Leistungen für die einzelnen Befreiungsorganisationen in etwa gleich, das heißt, Arafats PLO bekam nur die Hälfte der sonst gezahlten Summen¹⁷⁴.

Aussagekräftig war zudem die Höhe der DDR-Hilfe im „nichtzivilen“ Bereich. Gemäß einer „Übersicht über durchgeführte Unterstützungsmaßnahmen für Länder im afro-arabischen Raum (Leistungen des MdI, Stand 1. 10. 1979)“ erhielt die PLO/Fatah – als einziges von 13 „Ländern“ – von insgesamt 114,3 Millionen Mark nichts, möglicherweise gerade weil Arafat in diesem Jahr die fachliche Nähe des Bundeskriminalamts suchte¹⁷⁵. Die SWAPO unterstützte man ab 1980 hinge-

¹⁷⁰ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 485f. Meinung, *Kommunistische Judenpolitik*, S. 335, stellt – ohne dies auf die DDR zu übertragen – zutreffend fest, dass die Sowjetunion politische Beziehungen mit der DFLP u. der PFLP unterhielt, um Arafat zu „disziplinieren“. Auch Bengtson-Krallert, DDR, bietet keine adäquate Darstellung.

¹⁷¹ Vgl. BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978/79, o. D.; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14f. Zwischen 1967 u. 1980 wandte die DDR rd. 50 Mio. Mark an Solidaritätsleistungen für die PLO u. die palästinensischen Gruppen auf, vgl. BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971; BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978/79, o. D.; BArch, DZ 8/33, Übersicht, 18. 09. 1973; BArch, DZ 8/163, Übersicht, Juni 1971; BArch, DZ 8/177, Vorlage, 06. 11. 1969; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14f.; BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984. Die Bundesrepublik zahlte im selben Zeitraum ca. 140 Mio. DM an die UNRWA, vgl. die OECD-Angaben, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A> (24. 07. 2012); Debrates, UNRWA, S. 125.

¹⁷² Vgl. die OECD-Angaben, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A> (24. 07. 2012).

¹⁷³ Vgl. BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978/79, o. D.; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; BArch, DZ 8/216, Urkunde über geleistete Solidarität zugunsten des ANC, Februar 1979; BArch, DZ 8/212, Urkunde über geleistete Solidarität zugunsten der ZAPU, Februar 1979.

¹⁷⁴ Vgl. BArch, DZ 8/552, Übersicht, 16. 12. 1988; BArch, DZ 8/552, Bericht, 11. 11. 1987; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14f.; Schleicher, SWAPO, S. 122-126.

¹⁷⁵ Vgl. BStU, MfS, HA VII, 5012, Übersicht, 01. 10. 1979, Bl. 4. Relevante Lieferungen der NVA sind in diesem Zeitraum nicht bekannt. Hingegen ist belegt, dass der ANC u. die ZAPU im Sommer 1979 mind. 1000 Waffen u. 250 000 Schuss Munition erhielten, vgl.

gen mit Militärhilfe zwischen einer und drei Millionen Mark pro Jahr¹⁷⁶. Die „Direktive für die Verhandlungen des Kulturabkommens und des Kulturarbeitsplans für die Jahre 1980 und 1981 mit der PLO“ hielt darüber hinaus fest: „Bei der Patientenbehandlung ist davon auszugehen, dass die DDR auf ihre Kosten jährlich 50 Patienten aufnimmt. Dem gewünschten Zusatz, dass frühere Patienten zur Komplettierung einer bereits begonnenen Behandlung zusätzlich anreisen, kann nicht zugestimmt werden. Sie können nur im Rahmen dieser 50 Personen anreisen. Gleichfalls kann der Wunsch nach Mitreise von Familienangehörigen bei Kindern oder gelähmten Personen nicht gewährt werden bzw. nur dann, wenn das Exekutivkomitee der PLO die Reise- und Aufenthaltskosten übernimmt.“¹⁷⁷

Auch hinsichtlich der akademischen Ausbildung überarbeitete Ost-Berlin die bestehenden Bedingungen für Arafat, mit der Folge einer ab 1980 deutlich höheren Kostenbeteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation – also der Fatah. Der Botschafter der DDR im Libanon erklärte dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, er könne diese neue Planung „im Prinzip“ bestätigen, wolle aber auf einen Aspekt hinweisen: „Eine Hauptfrage wird seitens der PLO jedoch zuerst aufgeworfen werden, die Frage der Finanzierung. Der Entwurf bedeutet für die PLO eine deutliche Verschlechterung der Bedingungen für die Zusammenarbeit mit der DDR. [...] Bisher wurden für die PLO seitens des Solidaritätskomitees der DDR fast alle Kosten, einschließlich Reisekosten übernommen.“¹⁷⁸ Auch die von Arafat erbetene Aufstockung des Studentenkontingentes wurde Anfang 1980 abgelehnt. Der Palästinensischen Befreiungsorganisation standen 30 von 833 Plätzen für Neuzulassungen im Ausländerstudium zu – eine Zahl, die bis 1989 mit Ausnahme eines Jahres konstant blieb und der ausschließlichen Vergabe an die Fatah unterlag¹⁷⁹. Allein die Kommunistische Partei Israels delegierte hingegen in den 1980er Jahren insgesamt 452 Studenten in die DDR¹⁸⁰. Arafat konnte bis 1990 aber nur 310 Personen ausbilden lassen¹⁸¹.

BArch, DVW 1/115548, Schreiben des MfNV an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 02. 05. 1979, Bl. 124.

¹⁷⁶ Vgl. Schleicher, SWAPO, S. 125.

¹⁷⁷ So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5938/90, Direktive, Mai 1979.

¹⁷⁸ So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5938/90, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 10. 1979.

¹⁷⁹ Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Schreiben des MfAA an das MfHF, 04. 07. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistik über Neuzulassungen im Studienjahr 1990/91, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis, 17. 02. 1988. Das Herder-Institut Leipzig bildete zwischen 1978/79 u. 1989/90 konstant jährlich nur ein bis zwei Palästinenser in Deutsch aus. Dies war ein mit dem ANC, der SWAPO o. ZAPU vergleichbares Niveau. Allein Moçambique bzw. die FRELIMO konnten zwischen 1961 u. 1990 180 Personen delegieren, vgl. ÜAL, Studentenkartei des Herder-Instituts.

¹⁸⁰ Vgl. die Statistiken in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4067, Teile 1 u. 2.

¹⁸¹ Vgl. die Statistiken in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4016, Teile 1 u. 2; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistiken über Studienplatzaufenthalte 1984/85, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Statistiken über die Planungen der Studienplatzvergabe 1980/81, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistik über Neuzulassungen im Studienjahr 1990/91, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Schreiben des MfAA an das MfHF, 04. 07. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis,

Für die Jahre 1983 bis 1987 liegen Vergleichszahlen zum ANC sowie der SWAPO vor, aus denen hervorgeht, dass die 30 PLO-Stellen deutlich unterhalb der offiziellen Kontingente dieser anderen Befreiungsorganisationen lagen. Gemäß den Angaben des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen studierten zum Beispiel 1987 jeweils rund 60 SWAPO- und ANC-Mitglieder in der DDR¹⁸².

Obwohl weiterhin nur eine palästinensische Studentenvertretung, die Generalunion palästinensischer Studierender in der DDR, zugelassen und anerkannt wurde, bewilligte Honecker ab 1980, neben dem Kontingent des Solidaritätskomitees für die PLO/Fatah, gezielt Studienplätze für die innerpalästinensische Opposition, nämlich die DFLP, die PFLP, die Saiqa und später die PKP¹⁸³. Das Verhältnis zwischen den der PLO/Fatah und den der anderen genannten palästinensischen Gruppen angebotenen Stellen für die akademische oder berufliche Ausbildung war 1987 ausgeglichen. Würde man die Plätze der PLO/Fatah, der DFLP, der PFLP und der PKP addieren, wäre diese Summe in etwa so groß wie das Kontingent des ANC. Tatsächlich bildete die DDR aber indirekt mehr Palästinenser als Angehörige des ANC aus – achtete aber darauf, dass die Fatah benachteiligt wurde. Denn auch in den 1980er Jahren reisten zusätzliche Studenten der DFLP, der PFLP, der Saiqa oder der PKP als südjemenitische, jordanische, irakische, syrische, algerische oder libysche Bürger in die DDR ein¹⁸⁴.

3. Arafats Taktieren gegenüber Honecker

Zwischen 1978 und 1980 schwand nicht nur das Verständnis Erich Honeckers für die prowestliche Politik Arafats rapide, sondern die wachsende Entfremdung zwischen der PLO/Fatah und Ost-Berlin fand auch Ausdruck in der geringen Höhe der ostdeutschen materiellen Solidarität¹⁸⁵. Dass viel weniger Unterstützungsleis-

17.02.1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die PLO-Botschaft Ost-Berlin, 06.06.1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Note der PLO, 24.05.1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018a, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis, 13.02.1987; BArch, DR 3/2. Schicht, 4059a, Information zur Neuaufnahme ausländischer Studenten 1983/84, o. D.

¹⁸² Vgl. die „Statistik über Hilfsleistungen für Studenten aus Entwicklungsländern an Universitäten, Hoch- und Fachschulen im Studienjahr“, Jahre 1982 bis 1986 in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4070a. Vgl. auch BArch, DZ 8/552, Bericht, 11.11.1987.

¹⁸³ Vgl. BStU, MfS, HA XX, 2597, Bericht, 04.01.1985, Bl. 1–3; BStU, MfS, HA XX, 2074, Bericht, 18.11.1983, Bl. 12f.; BStU, MfS, HA XX, 2074, Information, 17.01.1986, Bl. 291. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 38.

¹⁸⁴ Vgl. BStU, MfS, HA XX, 2597, Bericht, 04.01.1985, Bl. 1; BStU, MfS, HA XX, 2074, Information, 17.01.1986, Bl. 291; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Teil 2, Statistik über Studenten an Universitäten u. Hochschulen, 08.12.1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Teil 2, Statistik über Studenten aus arabischen Ländern 1988/89, o. D.

¹⁸⁵ Auch der Nationalrat der Nationalen Front, der mithilfe, die Solidaritätsgelder der Bevölkerung zu sammeln, erwähnte die PLO in einer Übersicht der Empfänger solcher Hilfen für das Jahr 1980 nicht. Stattdessen wurden lediglich Vietnam, Afghanistan, Äthiopien, Angola, Moçambique, Südjemen, die SWAPO, der ANC u. die FRELIMO aufgeführt, vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6066e, Argumentation, o. D., ca. Januar 1980. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14f.;

tungen aus der DDR bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation ankamen, konnte angesichts der parallelen Erfolge im Westen bei Arafat nur den Eindruck bekräftigen, dass die SED seine Politik im Westen ablehnte. Möglicherweise verzögerte sich deshalb auch der Abschluss des vierten Nachfolgeabkommens zwischen der SED und der PLO bis September 1980¹⁸⁶. Ursprünglich war laut Politbürobeschluss die Unterzeichnung des neuen Vertrages für Anfang Mai 1980 geplant¹⁸⁷. Weshalb dieser Termin nicht eingehalten wurde, ist unbekannt. Während dieser Monate bereitete die Europäische Gemeinschaft die Deklaration von Venedig vor und die SED plante die neuen, separaten Beziehungen mit der Demokratischen Front sowie der Volksfront zur Befreiung Palästinas. Insofern könnte ein Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und dem Aufschieben des neuen Parteiabkommens mit Arafat bestehen. Bemerkenswert war ferner, dass in der letztlich geschlossenen Vereinbarung zum ersten Mal die Höhe an materieller Solidarität zugunsten Arafats PLO nicht beziffert wurde¹⁸⁸. Entsprechende Passagen zur „nichtzivilen“ Hilfe, die bereits 1978 entfallen waren, blieben weiterhin außen vor. Im neuen Vertrag fanden sich auch keine Angaben mehr über die Anzahl der in der DDR betreuten palästinensischen Kinder¹⁸⁹. Erich Honecker sah zudem davon ab, politisch substanzielle Veränderungen durchzusetzen, beispielsweise indem nun ausschließlich das Exekutivkomitee der PLO vertragschließende Partei geworden wäre¹⁹⁰.

Erstmals seit 1973 reiste auch nicht Arafat selbst an, um dieses neue Abkommen zu unterzeichnen, sondern Faruq al Qaddumi kam nach Ost-Berlin¹⁹¹. Der Vielzahl von Aspekten, die darauf hinwiesen, wie belastet das Verhältnis zwischen Honecker und Arafat war, stand jedoch die demonstrativ-vorbehaltlose Hilfe für die PLO entgegen, die man Qaddumi entgegenbringen wollte. Bereits in der Einladung des Politbüros vom Mai 1980 hieß es, dass der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR die offiziellen Gespräche führen und Qaddumi „wie ein Außenminister behandelt“ werden sollte¹⁹². Aber auch diese protokollarische Festlegung konnte weder darüber hinwegtäuschen, dass sich die Inhalte des neu vereinbarten Abkommens für Arafat nach 1978 zum zweiten Mal in Folge verschlechtert hatten noch wurde Qaddumi öffentlich in der DDR als „Außenminister“ präsentiert – obwohl das MfAA die Vertretung der PLO bereits 1978 akkredi-

SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Dezember 1980, Bl. 20f.; SAPMO-BArch, DY 3023/994, Bericht, o. D., ca. November 1981, Bl. 122f.

¹⁸⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/309, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 08. 09. 1980, Bl. 15-17.

¹⁸⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1834, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 22. 04. 1980, Bl. 14.

¹⁸⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/309, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 08. 09. 1980, Bl. 15-17.

¹⁸⁹ Vgl. ebd.

¹⁹⁰ Vgl. ebd.

¹⁹¹ Vgl. ADN: Palästinensischer Politiker zu Besuch in unserer Republik, in: ND, 08. 09. 1980, S. 1; ADN: Fest an der Seite des Volkes von Palästina, in: ND, 09. 09. 1980, S. 7.

¹⁹² So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1834, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 22. 04. 1980, Bl. 14.

tiert hatte¹⁹³. Ab 1980 entschloss sich Erich Honecker, mehr als bisher in die fortschrittliche Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu investieren und die DFLP, PFLP, Saiqa und PKP aufzuwerten, auch wenn dies Konflikte mit der Fatah heraufbeschwor.

Gesten und Pragmatismus Arafats

Jassir Arafat bemühte sich 1980, die Beziehungen mit Ost-Berlin zu entspannen. So zeigte sich etwa die PLO-/Fatah-Sicherheit im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem MfS, die der im Sommer 1979 abgeschlossenen Rahmenvereinbarung folgte, engagiert. Trotz der Tatsache, dass das PLO-Archiv vorläufig nicht öffnete und zudem zwischen Arafat und Mielke kein Konsens über die Personalie der palästinensischen „Verbindungsperson“ gefunden werden konnte, wollte die Fatah dem MfS beweisen, dass sie fest an der Seite der DDR stand¹⁹⁴. Schon im Februar 1980 informierte Saïd al Mazin alias Abu Hisham die MfS-Abteilung XXII „über Absichten der PLO, Anschläge gegen Personen und Einrichtungen der BRD, Personen und Einrichtungen Israels in der BRD und Palästinenser in der BRD, die als Verräter entlarvt wurden, durchzuführen. Als Begründung wurde angeführt, dass die BRD als ein feindliches Land angesehen wird und die feindliche Tätigkeit Israels in der BRD gegen die PLO solche terroristischen Angriffe rechtfertigt. Die PLO möchte jedoch keine Aktivitäten durchführen, die nicht auch im Interesse der DDR liegen. Daher warf Abu Hisham nachfolgende Fragen auf: Ist die DDR an vorgenannten Aktionen in der BRD gegenwärtig interessiert? Können der PLO Informationen über Personen und Objekte in der BRD

¹⁹³ Faruq al Qaddumi wurde offiziell als „Repräsentant der PLO“ bzw. „Leiter der politischen Abteilung des Exekutivkomitees der PLO“ u. nicht als der Außenminister der PLO empfangen. Aus diesem Grund wurde auch das Nachfolgeabkommen mit der PLO nicht durch die Regierung der DDR, sondern weiterhin durch die SED geschlossen. Zwar hatte Außenminister Fischer Qaddumi eingeladen, im Gegensatz zu Axen u. Honecker traf Fischer jedoch keinerlei Absprachen o. Festlegungen mit der palästinensischen Seite. Wie aus einem Entwurf des Besuchsprogrammes hervorgeht, das als offizielle Grundlage der Pressearbeit für den Empfang der PLO-Delegation in der DDR diente, sollte der bevorstehende Termin erst am Vorabend des Eintreffens Qaddumis bekannt gegeben werden. Zudem unterstrich man: „Dies ist der erste offizielle Besuch Genossen Kaddoumis als Leiter der politischen Abteilung der PLO auf Einladung Außenminister Fischers in der DDR. Es wird vorrausichtlich kein Kommuniqué, sondern nur eine Abschlussmeldung geben.“ Die Diskrepanz zwischen dem Stellenwert des Anlasses u. der Tatsache, dass kein gemeinsames Kommuniqué, sondern lediglich eine Abschlussmeldung veröffentlicht werden sollte, zeigt, dass Ost-Berlin weder diplomatisch-regierungsamtliche Festlegungen zugunsten der PLO noch eine politische Unterstützung der Politik der Fatah, als der Führungspartei der PLO, zum Ausdruck bringen wollte, vgl. Farouk al-Kaddoumi im ZK der SED empfangen, in: ND, 09.09.1980, S. 1; BArch, DR 6/700, Vorläufiges Besuchsprogramm, 04.09.1980.

¹⁹⁴ Hauptstreitpunkt in Bezug auf die Stellenbesetzung der „Verbindungsperson“ war die Forderung der PLO, hierfür einen Palästinenser auszuwählen, der 1973 als einer der aus der Bundesrepublik im Herbst 1972 ausgewiesenen Studenten in die DDR gekommen war u. nach Erkenntnissen des MfS als Tatverdächtiger eines Fünffachmordes in Köln im Jahr 1972 galt, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Auskunftsbericht, 14.11.1979, Bl. 87f.; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, 05.12.1979, Bl. 131.

zur Durchführung von Aktionen übergeben werden? Gestattet die DDR die Durchschleusung von Waffen in die BRD und West-Berlin?¹⁹⁵ Die Antwort des MfS lautete, man mische sich nicht „in die inneren Angelegenheiten der PLO ein. Das betrifft auch Entscheidungen über bestimmte Aktionen. Informationen über bestimmte Personen wurden der ‚Vereinigten PLO-Sicherheit‘ übergeben. Weitergehende Hinweise sind nicht vorhanden. [...] Auf Wunsch Abu Hishams wurde vereinbart, dieses Problem nochmals zu diskutieren und über den üblichen Weg eine Antwort zu übermitteln.“¹⁹⁶ Die HV A übergab Mazin später die nachgefragte Ausrüstung: Sprengstoff und sogenannte Schiffssprengpatronen¹⁹⁷.

Im Oktober 1980 kam es schließlich zu einer ersten nachweisbaren „operativen Zusammenarbeit“ zwischen der PLO-Sicherheit und dem MfS, die auf die Rahmenvereinbarung von 1979 zurückging: Die Fatah nahm in Beirut zwei Bundesbürger gefangen und sperrte sie mehrere Tage ein¹⁹⁸. Mit Beginn der zweiten Woche verfolgten, wie die Männer später gegenüber dem Auswärtigen Amt angaben, „Verhöre“ nur noch mit verbundenen Augen und wurden von „sächselnden Deutschen“ durchgeführt, wobei die festgehaltenen Männer, so der Bericht des Auswärtigen Amtes, „aufgrund ihrer Erfahrungen in DDR-Gefängnissen mit Sicherheit feststellen konnten, dass es sich bei den Verhörenden um Angehörige des DDR-Staatssicherheitsdienstes gehandelt habe“¹⁹⁹. Einer der beiden Deutschen konkretisierte dies noch. Er sei sicher, dass es sich um denselben MfS-Mitarbeiter gehandelt habe, der ihn acht Jahre zuvor in Cottbus nach seiner versuchten „Republikflucht“ und vor dem Freikauf durch die Bundesrepublik „verhört“ habe²⁰⁰. Beide Männer kamen nach „energischem Protest“ des Auswärtigen Amtes gegenüber der Fatah frei²⁰¹. Die Involvierung des MfS war die Replik Arafats auf das Zulassen von Mitarbeitern israelischer Sicherheitsdienste an Vernehmungen palästinensischer Häftlinge in der Bundesrepublik und zugleich der Versuch einer Loyalitätsbekundung an die Adresse Mielkes²⁰². Die Bonner Diplomaten in Bei-

¹⁹⁵ So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Bericht, 04. 02. 1980, Bl. 40.

¹⁹⁶ So ebd., Bl. 41.

¹⁹⁷ Vgl. BStU, MfS, BCD, 2802, Beleg, 11. 04. 1980, Bl. 67. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information, 30. 05. 1980, Bl. 462; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, o. D., ca. August 1979, Bl. 181.

¹⁹⁸ Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 17. 10. 1980, Bl. 7023f.; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 10. 1980, Bl. 7079–7081.

¹⁹⁹ So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 17. 10. 1980, Bl. 7023f.

²⁰⁰ So ebd.

²⁰¹ So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 10. 1980, Bl. 7079–7081.

²⁰² Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 429, Schreiben, 23. 10. 1979, Bl. 8112–8117. Gemäß der im Juni 1979 geschlossenen Vereinbarung zwischen der PLO-Sicherheit u. dem MfS waren gemeinsame „operative Maßnahmen“ bei „entsprechender politischer Notwendigkeit“ Teil der Kooperation. Das MfS schulte die PLO zudem im Zuge dieser Vereinbarung in „Vernehmung: Mittel und Methoden“, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185; BStU, MfS, HA XXII, 5487, PLO-Programmorschläge für einen Operativlehrgang, o. D., Bl. 176. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 139.

rut empfahlen in ihrem Bericht an das Auswärtige Amt, gegenüber der Fatah mit Bedacht auf diesen Vorfall zu reagieren, denn es sei nicht im bundesdeutschen Interesse, „Konsequenzen zu ziehen, da die DDR möglicherweise sogar provozieren wollte oder aber [Konsequenzen] dankbar quittieren würde“²⁰³.

Dass die Staatssicherheit eine Ergebniseinschätzung Arafats erwartete, signalisierte man Salah Khalaf Ende Juli 1980 während seines vierzehntägigen „Urlaubsaufenthaltes“ in der DDR. Khalaf sah sich sehr kritischen Fragen ausgesetzt. Die Abteilung XXII wollte zum Thema „Kontakte von BRD-Behörden (BMI, BKA, u. a.) [mit der] Fatah“ etwa wissen: „Würden seitens der Fatah Verbindlichkeiten eingegangen? Welche neuen Kontakte und Verhandlungen sind beabsichtigt? Wie wird seitens der PLO bzw. ‚Fatah‘ der Charakter und Zielstellung von westlichen Publikationen eingeschätzt, die trotz palästinensischer Dementierung wiederholt von einer engen Kooperation zwischen BKA und PLO, z. B. in koordinierten Fahndungsmaßnahmen berichteten? Ergeben sich daraus sowohl für die Sicherheitsinteressen der PLO als auch der DDR Konsequenzen? [...] Hinweisen zufolge liegen dem BKA [...] in letzter Zeit zunehmend Vorabinformationen über angebliche in Westeuropa geplante Aktionen von Gruppen der palästinensischen Befreiungsbewegung bzw. arabischen Ländern sowie entsprechende detaillierte Angaben zur Reisebewegung von Angehörigen angeblicher Kommandounternehmen vor.“²⁰⁴

Unabhängig von der im Herbst 1980 gezeigten geheimdienstlichen Loyalität gegenüber dem MfS legte auch Arafat am 29. Dezember 1980 im persönlichen Gespräch mit Honecker seine Gedanken dar²⁰⁵. Protokolle oder anderweitige Aufzeichnungen über dieses Treffen konnten bisher nicht gefunden werden. Nicht zuletzt weil Mitschriften fehlen und das Politbüro rückwirkend Honeckers Termin mit Arafat zustimmte, wird deutlich, dass Arafat Ende Dezember 1980 dringend mit Honecker sprechen wollte und sein Aufenthalt in Hast und Eile, ohne lange Vorankündigung und politische Gesprächskonzeption zustande kam. Offiziell suchte er Ost-Berlin aus medizinischen Gründen auf²⁰⁶. Arafat gab also einen Anlass vor, der es sehr unwahrscheinlich machte, dass Honecker ihn abwies. Obwohl der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO noch im September 1980 darauf verzichtet hatte, die neue Vereinbarung mit der SED persönlich in der DDR zu unterzeichnen und die Reibungen und Spannungen im ostdeutsch-palästinensischen Verhältnis seit Sommer 1980 zugenommen hatten, wollte Arafat angesichts der politischen Entwicklung im Nahen Osten die Verstimmungen mit der DDR nicht weiter anwachsen lassen.

²⁰³ So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 10. 1980, Bl. 7079–7081.

²⁰⁴ So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Anhalte für die Gesprächskonzeption, o. D., Bl. 119. Zum Aufenthalt Khalafs vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 17. 06. 1980, Bl. 92f.

²⁰⁵ Vgl. ADN: Palästinafrage ist das Kernstück zur Lösung der Lage im Nahen Osten, in: ND, 30. 12. 1980, S. 1.

²⁰⁶ Vgl. BStU, MfS, HA PS, 5091, Ärztlicher Bericht, 29. 12. 1980, Bl. 119f.; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1874, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 13. 01. 1981, Bl. 26.

Nach Ausbruch des Iran-Irak-Krieges im September 1980 befand sich die PLO in einer schwierigen Position. Arafat stand zwischen dem schiitisch-alawitischen, arabischen Syrien, das dem schiitisch-persischen Iran half und gleichzeitig nach wie vor den Libanon – die wichtigste operative Basis der Palästinenser in der Region – kontrollierte, und dem sunnitischen Saudi-Arabien, das die PLO/Fatah finanzierte und den sunnitisch-muslimischen Irak gegen das Regime Ajatollah Khomeinis unterstützte²⁰⁷. Die PLO-Führung entschied sich zunächst, nicht gegen Assad zu opponieren, da man auf die Einflussnahme Syriens im Libanon angewiesen war. Der diesbezüglich wichtige Beschluss fiel Ende November 1980, als Arafat ankündigte, die Konferenz von Amman, die von sunnitisch-arabischer Seite organisiert wurde, um dem Irak demonstrativ Beistand zu gewähren, nicht zu besuchen²⁰⁸. Arafat wollte ursprünglich an diesem Gipfel teilnehmen. Er unterlies dies aber, nachdem der syrische Präsident erklärt hatte, er erwarte von der PLO einen Boykott des Treffens – so stellte es jedenfalls Jassir Arafat Gerhard Grüneberg dar, der sich Ende November 1980 in politischer Mission in Damaskus aufhielt²⁰⁹.

Aussagekräftig im Hinblick auf Honeckers politische Präferenz waren die von der SED festgelegten Inhalte der Reise Grünebergs. Dieser überbrachte nicht Arafat eine persönliche Botschaft Honeckers, sondern Assad. Grüneberg ließ den Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees lediglich wissen, dass die PLO nach Meinung des ostdeutschen ZK „einer schweren Zeit“ entgegengehe, weil Arafat in die innerarabischen Konflikte verwickelt wurde und ganz besonders weil die syrisch-palästinensische Konfrontation erneut virulent werden könne²¹⁰. Grüneberg gab Arafat zu verstehen, dass die PLO angesichts dieser Lage keine andere Wahl habe, als sich mit Syrien zu verbünden. Die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Damaskus hatten sich im Vergleich zum Verhältnis zwischen Arafat und Honecker seit 1978 viel besser entwickelt²¹¹. Deshalb sprach auch Grüneberg im Auftrag des ZK der SED zuerst mit dem Staatspräsidenten Syriens, dann mit den Kommunistischen Parteien, anschließend mit politisch links stehenden Oppositionsgruppen, danach mit der Regierungspartei Syriens – ebenfalls ein deutliches Zeichen an Assad, dass die DDR die politisch-ideologische Zusammenarbeit für verbesserungswürdig hielt – und erst zuletzt mit Jassir Arafat²¹².

Syrien spaltete im Zuge des Iran-Irak-Krieges die Liga der arabischen Staaten, indem Assad mit Libyen eine Front gegen die sunnitischen Staaten und die ägyptisch-jordanisch geführte proirakische Allianz aufbaute²¹³. Freedman stellt heraus, dass der Abschluss des ersten syrisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages im Oktober 1980 Assads Position stärkte und insofern auch eine Stellungnahme

²⁰⁷ Vgl. Ehteshami/Hinnebusch, *Syria and Iran*, S. 71–74, 87–103; Sayigh, *Struggle*, S. 502f.

²⁰⁸ Vgl. ebd.; Habib, Hussein, S. 69–71, 83–85; Goodarzi, *Syria and Iran*, S. 38–42.

²⁰⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/90, Vermerk, 24. 11. 1980.

²¹⁰ So ebd.

²¹¹ Vgl. ebd. Der DDR-Export belief sich zwischen 1978 u. 1980 auf einen Wert von rd. 800 Mio. VM, vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/997, Vorlage, 17. 12. 1982, Bl. 91 f.

²¹² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/90, Vermerk, 24. 11. 1980.

²¹³ Vgl. Ehteshami/Hinnebusch, *Syria and Iran*, S. 87–105; Goodarzi, *Syria and Iran*, S. 11 f., 18–29, 38–45; Dawn, *Foreign Policy of Syria*, S. 173; Habib, Hussein, S. 65, 69–75, 84f., 110.

Moskaus dem Irak gegenüber war²¹⁴. Dieses Abkommen bedeutete, dass Syrien sich auf die Sowjetunion festlegte, nachdem Assad von den Vereinigten Staaten bei der Lösung des Nahostkonfliktes ausgeschlossen worden war²¹⁵. Erst dieser Verlust der amerikanischen Option erlaubte es der Sowjetunion – vor dem Hintergrund der Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 und deren außen- und nahostpolitischen Folgewirkungen –, die Einflussosphäre im Nahen Osten vertraglich zu konsolidieren. Ein Verrat Syriens, wie 1972 durch Ägypten begangen, stand jetzt nicht zu befürchten. Assad war auf Moskau angewiesen, auch wenn er sich ein hohes Maß an Autonomie seines Handelns bewahrte²¹⁶. Damaskus wurde mit dem Abkommen zum vertraglich gebundenen, strategischen Partner der sowjetischen Nahostpolitik. Dieser Tatsache trug auch Honecker Rechnung, denn das Ziel der Mission Grünebergs war es, Assad die bedingungslose Solidarität der DDR zu versichern und Arafat auf einen prosyrischen Kurs zu bringen.

Für Jassir Arafat hieß dies, dass er so viel politische Unterstützung wie möglich durch die sozialistischen Staaten generieren musste. Um eine ähnliche Situation wie 1976 im Libanon auszuschließen, galt es, sich erfolgreicher innerhalb der Bündnisbeziehungen zwischen der Sowjetunion, DDR und Syrien zu profilieren. Wenn Assad wusste, dass Moskau und Ost-Berlin Arafat nicht eindeutig unterstützten, konnte er ohne politische Gefahr seine Vorstellungen innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation durchsetzen. Das Streben Arafats, angesichts der veränderten Kräftekonstellation Spielraum zu gewinnen und sich vor allem Rückendeckung gegenüber Assad zu sichern, war daher auch der Hauptgrund für das Treffen im Dezember 1980 mit Erich Honecker: Arafat suchte den Kontakt mit ihm, da die Grüneberg-Mission wenige Wochen zuvor erneut deutlich gemacht hatte, dass die Beziehungen zwischen Damaskus und Ost-Berlin hervorragend waren – während das neue SED-Abkommen deutliche Nachteile für die PLO/Fatah mit sich brachte. Arafat sah, dass sich die Konstanten der bisherigen Zusammenarbeit zu seinem Nachteil verschoben hatten. Er versuchte daher, Honecker zu versichern, dass die PLO/Fatah auf der Seite der DDR stehe und die SED nicht in vollem Umfang von den im Juli initiierten separaten Kontakten zur DFLP und zur PFLP Gebrauch machen musste. Tatsächlich entschloss sich Honecker, die Abstimmung zwischen dem Solidaritätskomitee beziehungsweise dem ZK der SED und den jeweiligen Parteisekretären der DFLP und PFLP in der DDR erst nach dem Sommer 1982 zielgerichtet zu beginnen.

Im Nachgang der Gespräche mit Grüneberg und Honecker versuchte Arafat, das Verhältnis zwischen der PLO und Syrien zu festigen. Erstmals fand im April 1981 eine Versammlung des Palästinensischen Nationalrates in Damaskus statt²¹⁷.

²¹⁴ Vgl. Freedman, *Soviet Union*, S. 164. Zu den sowjetisch-irakischen Beziehungen in den 1980er Jahren vgl. Shemesh, *Soviet-Iraqi Relations*, S. 181–234.

²¹⁵ Vgl. Hinnebusch, *Revisionist Dreams*, S. 387, 402; Rabil, *Terror*, S. 65–69.

²¹⁶ Vgl. Freedman, *Moscow*, S. 71–80, 92f.; Hinnebusch, *Revisionist Dreams*, S. 387. Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Westad, *Global Cold War*, S. 299–330; Lesch, 1979, S. 45–56, 94–103.

²¹⁷ Zur 15. palästinensischen Nationalversammlung vgl. *Political Statement*, 21.04.1981, in: Lukacs, *Israeli-Palestinian Conflict*, S. 350–356; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 65; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 108f.

Assad und Arafat versicherten sich ihrer gegenseitigen, uneingeschränkten Unterstützung²¹⁸. Syrien hatte die PLO in den vorangegangenen Kämpfen im Libanon gegen christliche Verbände und die israelische Armee teilweise unterstützt, war aber, als Israel die palästinensischen Stellungen angriff, passiv geblieben. Zwar hatte Assad ein Interesse, diese Konflikte weiter zu verschärfen, er scheute aber die direkte militärische Konfrontation mit Israel und wollte vielmehr die durch die Vergeltungsmaßnahmen hervorgerufenen innerpalästinensischen Verwerfungen nutzen, um der Saiqa mehr Einfluss gegenüber der Fatah zu verschaffen und die Stellung Arafats innerhalb der PLO zu schwächen²¹⁹.

Israel hatte im Zuge der Auseinandersetzungen im Südlibanon erstmals seit 1973 syrische Helikopter abgeschossen, woraufhin Assad eine stillschweigende Vereinbarung mit dem jüdischen Staat aufkündigte und Flugabwehrraketen in den Libanon verlegte²²⁰. Ministerpräsident Begin bestand nach wie vor darauf, das libanesisches Territorium mit Flugzeugen aufzuklären und Luftangriffe auf palästinensische Stellungen zu fliegen, um vorangegangene Überfälle auf israelisches Staatsgebiet zu vergelten²²¹. Diese israelischen Interventionen wiederum waren die Ursache, weshalb die christlichen Verbände und die Schiiten im Süden gegen die Präsenz palästinensischer Gruppen auftraten²²². Da sich die innenpolitische Lage im Libanon dramatisch verschlechterte, entsandte der seit Januar 1981 amtierende amerikanische Präsident Ronald Reagan US-Botschafter Phillip Habib in die Region, um eine Verhandlungslösung zu erreichen²²³. Nachdem die PLO im Juli mehr Angriffe verübt hatte und Israel umso stärker zurückschlug, erreichte Habib am 24. Juli 1981 eine Feuerpause im Südlibanon²²⁴.

Das Auswärtige Amt fertigte drei Tage später einen Vermerk für Bundesaußenminister Genscher an, in dem es hieß: „Die PLO hat einen Punktsieg zu verzeichnen. Intern und nach außen hat sie durch passables Abschneiden gegen Israel, das indessen nicht alle Machtmittel einsetzte, ihre Legitimationsansprüche untermauert und beweisen können, dass sie als nahöstlicher Faktor nicht ignoriert werden kann. Sie ist einer Anerkennung als kriegführende Partei nahegekommen. Arafat erwartet folglich [...], dass die USA ihre Haltung ihr gegenüber an diesem ‚Wendepunkt‘ revidieren. [...] Arafat wird das Image erhöhter Respektabilität zu fördern trachten. Begin muss sich dementsprechend von Peres [Shimon Peres war zum damaligen Zeitpunkt Oppositionsführer in der Knesset] vorhalten lassen, der PLO durch seine Libanonpolitik zum Punktsieg verholfen zu haben. Rabin hatte zuvor erklärt, dass die Palästinenser als politischer Faktor nicht mehr durch Krieg zu eliminieren seien. [...] Die USA erzielten einen Vermittlungserfolg, den

²¹⁸ Vgl. Political Statement, 21. 04. 1981, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 360.

²¹⁹ Vgl. Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 202; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 397f.

²²⁰ Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 189; Inbar, Israel's National Security, S. 19; Sharon, Warrior, S. 428f.

²²¹ Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 45f.

²²² Vgl. Nir, Berri, S. 30-33, 168-171; Gambill, Islamist Groups, S. 132; Boykin, Peacemaker, S. 45f.

²²³ Vgl. ebd., S. 45; Gowers/Walker, Myth, S. 189; Catignani, Counter-Insurgency, S. 70f.

²²⁴ Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 45f.; Sharon, Warrior, S. 430-436; Sayigh, Struggle, S. 503-507.

sie der diskreten Verhandlungsführung Habibs, den Exzessen Begins, flankierender Hilfe der VN und Saudi-Arabiens und wohl auch dem Streben Arafats nach Anerkennung gleichermaßen verdanken. [...] [Es] hat sich erneut die ausschlaggebende Rolle der USA in Nahost erwiesen, während die Sowjets diesmal völlig aus dem Spiel blieben.“²²⁵

Reagans Engagement und der Erfolg Habibs waren tatsächlich überraschend. Gerade der neue republikanische Präsident, der als einer der ersten seiner Partei mit den Stimmen der in Amerika lebenden jüdischen Bürger in dieses Amt gewählt worden war, rang Israel im Sommer 1981 politische Zugeständnisse ab. Dies geschah zudem vor dem Hintergrund der seit April 1981 angespannten bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Jerusalem infolge der Lieferung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen an Saudi-Arabien durch die USA²²⁶. Unerwartet kam deshalb aber nicht nur Habibs Erfolg in Israel, sondern bereits seine vom Präsidenten eingesetzte Mission als solche, denn sie schloss auch indirekt geführte Gespräche mit der PLO ein. Dies kam einer Revision zuvor von Reagan aufgestellter Grundsätze gleich²²⁷. Richtig bewertete das Auswärtige Amt zudem, dass die Sowjetunion in der Auseinandersetzung im Sommer 1981 keine Rolle spielte. Ausschließlich der amerikanische Einfluss war von Bedeutung, auch in Syrien²²⁸.

Ost-Berlin reagierte auf diese Entwicklung und lud Mitte November 1981 fast zeitgleich eine syrische und eine palästinensische Militärdelegation in die DDR ein²²⁹. Nicht Khalil al Wazir, der „Verteidigungsminister“ der PLO, erhielt jedoch von Erich Honecker als Anerkennung für die Standhaftigkeit im Libanon den „Kampforden in Gold“, sondern der syrische Verteidigungsminister²³⁰. Die PLO-Delegation, die „insbesondere [an] Luna-M-Raketen, [...] weitreichenden Waffen der Landstreitkräfte, Waffen zur Abwehr von Seezielen [und] Unterstützung [beim] Kauf von Raketen aus der Sowjetunion“ interessiert war, bekam von ostdeutscher Seite zunächst nichts²³¹. Auch später sagte die DDR die Bereitstellung einer „kostenlosen Solidaritätslieferung der NVA“ erst für den September 1982 zu; die Übergabe sollte im Rahmen der Reise des Verteidigungsministers nach Syrien

²²⁵ So AAPD, 1981, Dok. 219, Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrates I. Klasse Fiedler, 27. 07. 1981, S. 1174–1176.

²²⁶ Vgl. Laham, Rubicon, S. 1–30; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 222–226; Aviran, Involvement, S. 120; Spiegel, Conflict, S. 407–411; Smith, Conflict, S. 357; Kurz, Fatah, S. 100f.

²²⁷ Vgl. u. a. die noch 1979 von Jeane J. Kirkpatrick, der außenpolitischen Beraterin Reagans sowie ersten US-Botschafterin bei den VN, vorgebrachte Kritik an der Politik Carters: dies., Dictatorship, S. 23, 41. Vgl. auch Kurz, Fatah, S. 100.

²²⁸ Vgl. ebd., S. 100f.; Boykin, Peacemaker, S. 45f.

²²⁹ Vgl. ADN: Erich Honecker empfing Militärdelegation Syriens, in: ND, 11. 11. 1981, S. 1; ADN: Erich Honecker empfing Militärdelegation der PLO, in: ND, 18. 11. 1981, S. 1.

²³⁰ Vgl. BArch, VA-01/42467, Abschlussbericht, 16. 11. 1981, Bl. 9; BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, 26. 11. 1981, Bl. 4–8.

²³¹ Vgl. ebd., Bl. 7. Wie Sayigh, Struggle, S. 510, ausführt, bereiste Wazir zwischen Oktober 1981 u. April 1982 14 arabische bzw. nichtarabische Länder, um Rüstungsgüter zu beschaffen, wobei Moskau die Lieferung von Waren im Wert von 50 Mio. US-Dollar zugesagt haben soll.

erfolgen²³². Welche Waffen die DDR der PLO zu schenken beabsichtigte, ist unbekannt, da in den Akten die entsprechende Anlage fehlt²³³. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass Honecker Raketen des Typs Luna-M liefern ließ²³⁴. Das Ministerium für Nationale Verteidigung bot der PLO/Fatah wenige Monate später an, Waffen und Munition kaufen zu können²³⁵. Auch von diesem Angebot wurde ausweislich der gesichteten Quellen kein Gebrauch gemacht. Das SED-Regime unterstützte Syrien stärker und nicht nur symbolisch in Form eines Ordens – obwohl immer deutlicher wurde, dass Assad im Fall von israelischen Angriffen auf die PLO Arafat im Libanon nicht helfen würde. So betrug das Verhältnis zwischen syrischen Offizieren und Kämpfern Arafats, die Honecker ab 1982 in der DDR ausbilden ließ, etwa zehn zu eins²³⁶.

Die Entscheidungen Ost-Berlins waren im November 1981 identisch mit denen des Kreml. Die Militärdelegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation hatte unmittelbar vor ihrem Aufenthalt in der DDR die Sowjetunion besucht. Die KPdSU gab der Abordnung der PLO während der Gespräche zu verstehen, dass von Arafat erwartet werde, die Achse Sowjetunion-Syrien zu stärken. Zudem ließ der Kreml erkennen, dass Moskau nicht zugunsten der PLO intervenieren werde, wenn aufgrund von Provokationen entlang der israelischen Grenze zum Libanon eine Gegenreaktion erfolgen sollte. Und in jedem Fall würden alle sowjetischen Waffen an die PLO nur über syrische Stellen ausgeliefert. Assad konnte sie also auch einbehalten²³⁷. 1980/81 summierte sich der sowjetische Rüstungsexport nach Syrien auf den höchsten Gesamtwert seit 1973 und belief sich auf mehrere Milliarden US-Dollar²³⁸.

Anfang des Jahres 1981 konstatierte Günter Gaus, der Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin: „Aus Verlautbarungen der DDR in letzter Zeit und besonders aus einem Nahost-Informationsgespräch der Ständigen Vertretung im MfAA am 9. 12. 1980 lässt sich entnehmen, dass die DDR dem Knäuel der Konflikte und Koalitionen in Nahost zunehmend verunsichert gegenübersteht und entspre-

²³² So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., ca. April 1982, Bl. 13.

²³³ Vgl. ebd.

²³⁴ Da die DDR dem Irak 1982 keine Raketen dieses Typs zur Verfügung stellte, ist nicht davon auszugehen, dass Arafat derartige Waffensysteme erhielt, vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 8664, Information, 22. 11. 1982, Bl. 3.

²³⁵ So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., ca. April 1982, Bl. 13f.

²³⁶ Vgl. BArch, DVW 1/54345, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. dem Exekutivkomitee der PLO über die Ausbildung von Militärskadern, 19. 04. 1982. Statistiken, wie jene bei Storkmann, Solidarität, ab S. 599, die undifferenziert von „PLO“ sprechen, müssen kritisch bewertet werden. „PLO“ meint die von der Fatah u. von Arafat geführte Organisation u. nicht die gesamte materielle u. finanzielle Unterstützung, ziviler wie militärischer Art, die das SED-Regime Palästinensern bereitstellte. Die ostdeutsche Unterstützung der innerpalästinensischen Anti-Fatah-Opposition ist nicht unter „PLO“ erfasst worden. Um die Größenordnung dieser DDR-Hilfe bilanzieren zu können, muss man – wie in dieser Untersuchung getan – die ostdeutsche Politik gegenüber sehr vielen in- u. außerhalb der PLO stehenden Akteuren beachten, insb. die prosyrischen Leistungen.

²³⁷ Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 116.

²³⁸ Vgl. IISS, Military Balance 1980–1981, S. 104; SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012).

chend vorsichtig taktiert. [...] Die PLO ist für die Nahostpolitik der DDR wohl nach wie vor der solideste Stützpunkt. [...] Insgesamt scheinen die Kontakte in jüngster Zeit etwas weniger intensiv zu sein; man hat den Eindruck solider eingefahrener Beziehungen ohne besonders motivierende Höhepunkte. Auch in der hiesigen täglichen Praxis ‚tätiger Solidarität‘ gehören die Freundschaftsgesten zur PLO [...] zur vertrauten, deswegen aber nicht unbedingt geliebten Übung.“²³⁹ Die abnehmende Intensität der ostdeutschen Beziehung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die Gaus hier hervorhob, ging nicht auf einen „soliden“, routinierten, veralltäglichten Umgang mit Jassir Arafat zurück, sondern hatte konkrete politische Ursachen: die Westorientierung der PLO/Fatah bei gleichzeitiger fehlender Information und ausbleibenden Konsultationen der DDR²⁴⁰. Bei Honecker verstärkte dies seine bereits Mitte der 1970er Jahre gezeigte prosyrische Tendenz. Das ostdeutsche Verhältnis zur Arafat-geführten PLO wurde ab 1978/79 immer mehr von den Interessen des SED-Regimes an Syrien dominiert. Damaskus war der tatsächlich „solideste Stützpunkt“ dieser Nahostpolitik. Das Verhältnis zwischen der DDR und Jassir Arafat verschlechterte sich bis Anfang des Jahres 1982 weiter. Die PLO erhielt 1981 lediglich zwei Millionen Mark an Solidaritätsmitteln, der ANC demgegenüber mehr als drei Millionen und die SWAPO fünf Millionen²⁴¹.

²³⁹ So PA-AA, Zwischenarchiv, 132.442, Bericht der Ständigen Vertretung Ost-Berlin an das AA, 02.01.1981.

²⁴⁰ Vgl. auch die von Dannreuther, *Soviet Union*, S. 114, mit Blick auf die sowjetische PLO-Politik getroffene Feststellung, der Kreml sei ab 1981 zunehmend davon überzeugt gewesen, dass die Loyalität Arafats verlorengegangen sei.

²⁴¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/994, Statistik über den Einsatz der Mittel 1981, o. D., ca. November 1981, Bl. 122.